

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 39, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3167

Inhalt:

Der Hamburger Gewerkschaftskongress I. — Würzburg und seine Arbeitsordnung. — Das neue Lohnprinzip in hamburgischen Staatsbetrieben. — Noch einmal die Feuerbacher Arbeitsordnung. — Die deutschen Arbeiter-Sekretariate im Jahre 1907. — Notizen für Gasarbeiter. — Rechenschaftsbericht für das 1. Quartal 1908. — Dessauer Brief. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Hundschau. — Anzeigen.

Der Hamburger Gewerkschaftskongress.

I.

Die ausführlichen Berichte in der Tagespresse über den Hamburger Gewerkschaftskongress können uns der Pflicht nicht entheben, die gepflogenen Beratungen und Beschlüsse einer kurzen Betrachtung zu unterziehen.

Sollen wir ein zusammenfassendes Urteil über die Gesamtverhandlungen abgeben, so kann es nur lauten: Der Kongress hat fleißige und sicher auch fruchtbringende Arbeit geleistet.

Nicht das uns alle Beschlüsse befriedigt hätten. Zunächst ist die abwartende bzw. ablehnende Stellung zur Schaffung eines zentralen Streikfonds nicht zu billigen. Zugabe, daß die großen Verbände einstweilen nicht das unmittelbare Interesse daran haben, wie die kleineren und mittleren Verbände. Es kann aber nicht auf die Dauer angehen, daß die großen Verbände aus diesen immerhin egoistischen Motiven heraus die Gesamtentwicklung der deutschen Gewerkschaften oder wenigstens deren Kampfbereitschaft hemmen. Denn solange die Unternehmer ihre derzeitige Aussperrungstaktik beibehalten — und das dürfte noch recht lange dauern —, solange werden die Gewerkschaften aus ihrer gegenwärtigen Verteidigungsstellung schwerlich herauskommen, selbst bei besseren Wirtschaftskonjunkturen nicht. Das bedeutet aber nichts anderes als die Beschränkung des Kampfes auf das Festhalten bereits errungener Positionen. Wollen wir also z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit energisch durchsetzen, so wird das ohne Frontangriffe nicht gehen, die wiederum das Vorhandensein enormer Mittel zur Voraussetzung haben. Im Schlußwort Legiens zum Geschäftsbericht heißt es nun über den Streikfonds u. a.:

„Es dürfte den meisten bekannt sein, daß meine Auffassung darüber eine andere ist als die von Leipart (Holzarbeiterverband) und Wassafisch (Metallarbeiterverband), aber ich stehe damit in der Generalkommission ziemlich allein, ich kann deshalb nicht namens der Generalkommission sprechen. Der Antrag würde wahrscheinlich abgelehnt werden. Ist das praktisch? Ich glaube nicht. Ich glaube, auf einem Gewerkschaftskongress läßt sich eine solche Organisation nicht in ihren Details besprechen, ich würde deshalb bitten, den Antrag der Konferenz der Zentralvorstände zu überweisen, die dann die Frage noch einmal prüfen kann.“

Dazu ist es aber nicht einmal gekommen, denn der betr. Antrag ist zurückgezogen worden. Wir wollen nicht wünschen, daß

uns erst empfindliche Wunden geschlagen werden müssen, bevor wir unsere Aktionsfähigkeit in der vorbezeichneten Weise stärken. Aber die Möglichkeit ist keinesfalls ausgeschlossen! . . .

Von großer Wichtigkeit für uns war die Stellungnahme zum Antrag A 5 betr. Organisation der Waldarbeiter. Wir geben deshalb den wichtigsten Teil der bezüglichen Debatte hier wieder.

Raitz-München (Holzarbeiter) befürwortet den Antrag. Es sind in der Land- und Forstwirtschaft Bayerns nahezu 400 000 organisationsfähige Arbeiter vorhanden. In neuerer Zeit haben die „Christlichen“ angefangen, unter diesen Arbeitern die Agitation zu betreiben. Als daraufhin der Fabrik- und Landarbeiterverband mit der Agitation unter diesen Leuten einsetzte, fiel ihm der Staats- und Gemeindegewerkschaftsverband dabei in die Arme und erklärte, diese Leute gehörten als staatliche Arbeiter zu ihm. Der lachende Dritte bei diesem Streit waren dann natürlich die Christlichen. Eine Sitzung der Zentralvorstände hat sich damit befaßt, soviel ich weiß, wurde der Verband der Staats- und Gemeindegewerkschaft mit der Ausarbeitung eines Statuts beauftragt. Die Eier sind dem Genossen Mohs unterlegt worden, er brütet aber noch immer darüber. (Weiterkeit.) Ich denke, es müßte hier eine Organisation geschaffen werden, die zunächst, ähnlich wie die Dienstbotenorganisation, sich aus sich selbst heraus entwickeln soll, vielleicht in lokaler Form unter Anschluß an die Generalkommission mit niedrigen Beiträgen, um die Leute erst einmal für die Organisation zu gewinnen. Ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen, damit die Generalkommission allen Ernstes darangeht, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um diese Tausende von im größten Eland schwachenden Proletariern, die, wie ich hervorhebe, für den Organisationsgedanken sehr empfänglich sind, der Organisation zuzuführen. Gleichgültig ist diese Frage nicht. Es kommen dabei nicht nur Holzarbeiter und nichtgewerbliche Arbeiter in Frage, sondern es finden dort auch aus anderen Industrien wie z. B. der Metallindustrie viele Arbeiter Unterschlupf. Wir müssen daran gehen, diese fortwährende Quelle von Streikbrechern näher zu erforschen und zu unterbinden.

Auf diese etwas einseitigen Ausführungen antwortete unser Verbandsvorsitzende Kollege Mohs:

„Was jetzt haben wir noch nichts davon gewußt, daß uns die Waldarbeiter zugeschoben werden sollen. Es fragt sich eben, wie die Waldarbeiter zu organisieren sind, und da sind wir allerdings der Meinung, daß diese Aufgabe uns zufällt. Freilich ist es den Leuten bei ihrem geringen Einkommen schwer möglich, 35 oder 50 Pf. Beitrag zu zahlen. Die Arbeitslosenunterstützung kommt für sie kaum in Betracht, es kommt vor allem erst darauf an, die Leute über ihre rechtlichen Verhältnisse aufzuklären. Daß unsere Organisation allein mit ihren Geldmitteln instande ist, diese Arbeiter zu organisieren, glaube ich nicht, dazu bedürfen wir der Unterstützung aller anderen Gewerkschaften. Den Anfang mit der Organisation der Waldarbeiter haben wir ja in Bayern schon gemacht, wir haben uns aber eine gewisse Reserve aufgelegt, weil wir nicht wußten, ob die Arbeiter sich nicht doch wieder genommen werden. Ich würde empfehlen, unserem Verbandsrat einen Zusatz zu geben, um die Agitation unter den Waldarbeitern zu betreiben. Die Agitation ist schwierig, da sie von Haus zu Haus betrieben werden muß, aber die Erfolge werden nicht ausbleiben?“

Sierzu bemerkte in seinem Schlußwort Legien:

„Die Angelegenheit der Land- und Forstarbeiter ist eigentlich erledigt, die letzte Vorstandskonferenz hat es als zweckmäßig bezeichnet, eine eigene Organisation für diese Arbeiter zu schaffen. Daß der Beschluß noch nicht ausgeführt ist, hat seinen Grund darin, daß der letzte Verbandstag der Fabrikarbeiter beschloffen hat, die Landarbeiter aufzunehmen und für sie besondere Einrichtungen zu schaffen. Die Generalkommission kann doch unmöglich zu dem ohnehin nicht wenig zahlreichen Grenzstreitigkeiten noch neue hinzufügen. Auf ein paar Monate oder auch auf ein Jahr kommt es doch wirklich nicht an. Es geht nicht anders, als daß der Fabrikarbeiterverband auf seiner Generalversammlung im August nochmals prüft, ob es zweckmäßig ist, die Landarbeiter zu behalten, und ich glaube, nachdem die Zentralvorstände sich fast einmütig für eine besondere Organisation ausgesprochen haben, wird die Generalversammlung der Fabrikarbeiter sich dem anschließen. Dann wird der Beschluß der Vorstandskonferenz ausgeführt werden, dessen Einzelheiten ich hier nicht näher erläutere, denn Organisationspläne entwickelt man nicht vor einem großen Plenum, namentlich nicht, wenn es sich um Arbeiter handelt, die schwer zu organisieren sind und deren Organisation die Gegner mit den schärfsten Mitteln zu unterdrücken suchen. Ich muß mich aber gegen Mohs wenden, der für seinen Verband die Waldarbeiter reklamiert. Würden wir ihnen die Waldarbeiter zuweisen, dann, glaube ich, gibt es keine Grenze mehr für Berufskategorien, die nicht zum Gemeindearbeiterverband gehören. Die Waldarbeiter sind doch zum großen Teil Landarbeiter; wie können wir sie da dem Gemeindearbeiterverband überweisen? Es mag ja ganz gut gemeint sein, und wir würden den Gemeindearbeitern diese Agitation auch ganz gern gönnen, aber das wäre unpraktisch. Wir müssen die Land- und Waldarbeiter gemeinsam organisieren, und deshalb können wir der Anregung von Mohs keine Folge geben. Einer besonderen Beschlußfassung bedarf es nicht, sondern sobald der Boden geebnet ist, wird die Organisation auch geschaffen werden.“

Im letzteren Sinne ist denn auch beschlossen worden, so daß demnächst die Organisation der „Land-, Forst- und Waldarbeiter“ geschaffen werden dürfte. Daß es dabei nicht auf ein Jahr ankommen soll, vermögen wir allerdings nicht einzusehen. Nun, unser Mühen für die Waldarbeiter ist jedenfalls nicht ganz vergeblich gewesen. In verhältnismäßig kurzer Frist sind ca. 500 Kollegen bei uns organisiert. Es bleibt abzuwarten, wieviel die neu zu schaffende Organisation bessere Erfolge zu erzielen vermag. Jedenfalls wird auch in unieren Reihen mancher Kollege sein, der in der Organisation der Waldarbeiter mehr ein Gebot der Notwendigkeit, denn eine besondere Aufgabe unserer Organisation sah.

Die Maifeier hat wider Erwarten eine umfangreiche Debatte hervorgerufen. Wider Erwarten insofern, als der Kongress im großen ganzen einig war bezüglich der Sanktion der Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Keiner von den gestellten Anträgen wußte etwas Besseres vorzuschlagen und so schien anfangs die Frage schnell geklärt. Dann aber traten mehrere Vertreter der großen Verbände, besonders die Metallarbeiter, auf und erklärten (mit Ausnahme der Maurer), „es wäre am besten wenn mit der Arbeitsruhe Schluß gemacht wird“. Diese Ausführungen riefen nun eine Anzahl Redner auf den Plan, hatte doch zuvor Legien in seiner einleitenden Rede unter allgemeiner Zustimmung erklärt: „Vielleicht wird es uns einmal möglich, wenn wir kräftig genug werden, auch eine vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten zu lassen“. In dessen wurde ein Entscheid nicht herbeigeführt. Nach mehrstündiger Debatte wurden die Abmachungen gegen wenig Stimmen (22) sanktioniert, doch gelangte ein Zusatzantrag zur Annahme, wonach Generalkommission und Parteivorstand noch einmal über die Kostendeckung beraten sollen. Dieser Ausgang der Dinge war schließlich unschwer vorauszusehen.

Eine ausgedehnte, man kann wohl sagen unerquickliche Debatte entspann sich endlich noch beim Geschäftsbericht, wegen der angeblich geplanten gewerkschaftlichen Frauenzeitung. Gegen die von Legien und Umbreit abgegebene Erklärung, daß die Generalkommission durchaus das Recht habe, eine solche Zeitung herauszugeben, wenn sie das für not-

wendig halte, wird sich kaum etwas einwenden lassen. Damit ist füglichweise die Debatte bezw. die Aufregung hinfällig, ob ein solcher Plan bestanden hat oder nicht. Man kann wohl sagen, daß dies in den sonst knappen, klotten, sachgemäßen und erfreulichen Diskussionen über den gesamten Geschäftsbericht der einzig dunkle Punkt war.

Der Bericht über das Arbeiterinnensekretariat, den Ida Altmann gab, zeugte von erfreulichen Fortschritten in der Arbeiterinnenbewegung. Leider stehen sie allerdings in einem gar zu geringen Verhältnis zur Zahl der beschäftigten weiblichen Personen in Industrie und Handel. Die Referentin meinte, man sollte Frauen hinzuziehen zu allen Kommissionen, zu den Ortsverwaltungsitzungen, zu den Vorständen, zu den Delegationen zu Kongressen und Generalversammlungen, auch zur Generalkommission. Das wird leider zum großen Teil ein frommer Wunsch bleiben auf absehbare Zeit, da geeignete Kräfte, wenigstens in unserer Organisation, bis jetzt so gut wie gar nicht vorhanden sind. Hoffen wir mit der Referentin auf mögliche Besserung.

Ueber das Kost- und Logiswesen berichtete B. Blum. Wir werden auf diese Verhandlungen demnächst in der „Sanitätskarte“ zurückkommen. Für heute sei nur noch festgestellt, daß auch hier, bei einer schwer zugänglichen Arbeiterklasse, eine eifrige Werbe- und Agitationstätigkeit entfaltet wird. Die diesbezüglich angenommene Resolution fordert gesetzliche Maßnahmen unter Anwendung von Strafandrohungen zwecks Besserung der grauenhaften Zustände, wie sie im Gefolge dieses Systems zahlreich zu verzeichnen sind.

Interessante Referate wurden von Robert Schmidt über die Tätigkeit des Zentralarbeitersekretariats sowie von Lesche über „Die Vertretung der Rechtshenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten“ gehalten. Waren die Ausführungen Schmidts diesmal auch nicht so sensationell wie der erstmalige Bericht vor drei Jahren in Köln, so bewiesen die Ausführungen beider Referenten doch hinlänglich die Zweckmäßigkeit der von den deutschen Gewerkschaften geschaffenen Institute. Immer ausgedehnter wird unsere Einflußsphäre und darum ist es um so bedauerlicher, wenn man sich manchmal hartnäckig sträubt, die Arbeitersekretäre als Vertretung der Arbeiter anzuerkennen. Das Reichsversicherungsamt hat sich längst mit der Tatsache abgefunden, daß unsere Arbeitersekretäre die berechtigten Vertreter der Arbeiter sind. Darum macht es auch keine Schwierigkeiten mehr. Jedenfalls ist in der gegenwärtigen Zeit, wo die Berufsgenossenschaften immer widerständiger bei der Zahlung von Renten werden, wo die Rentenentscheide usw. immer rigorosier ausfallen, doppelt geboten, die vorhandenen Rechte aufs äußerste wahrzunehmen. Tatsächlich sind unsere Institute und insonderheit das Zentralarbeitersekretariat notwendige und segensreiche Einrichtungen.

Die Kollegen werden sicher mit großem Interesse und wenig Befriedigung die Verhandlungen über die Grenzstreitigkeiten verfolgt haben. Wir werden in besonderer Abhandlung auf diesen Gegenstand zurückkommen. Für heute möchten wir aber schon ausdrücklich betonen, daß eigentlich kein Grund zu allzugroßer Unzufriedenheit vorliegt. Insofern nämlich, als die Beschlüsse des 6. Gewerkschaftskongresses an den bestehenden Verhältnissen nichts Wesentliches wandeln werden.

Die Entwicklung geht ihren Gang in unserem Sinne und zwingt in ihren Vann auch den, der sich dagegen sträubt. Möglich, daß durch die angenommene Resolution, die zur Regelung der Grenzstreitigkeiten dienen soll, mehr solcher Grenzstreitigkeiten hervorgerufen werden als bisher. Wir werden jedenfalls in unerschütterlicher Ruhe unseren Weg gehen und wie man in Hamburg bereits hat zugestehen müssen, wie auch die diesbezüglichen Debatten klar ergaben, gibt es eine ganze Reihe von großen, mittleren und kleinen Gewerkschaften, die zehnmal mehr Grenzstreitigkeiten anzufechten

haben als wir. Darum wird der Absatz 1 der Resolution, dessen Tenor sich auch durch die Ausführungen sämtlicher Diskussionsredner zog, durch den unglückseligen Absatz 4 nicht aufgehoben werden können.

Wir lassen zum Schluß noch den angenommenen Wortlaut der diesbezüglichen Resolution folgen. Sie lautet:

„Der Gewerkschaftskongreß empfiehlt den an die General-Kommission angeschlossenen Verbänden zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten die nachstehenden Grundzüge:

1. Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unverkennbar in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden. In diese sich von selbst vollziehende Entwicklung von außen her durch Konferenz- und Kongreßbeschlüsse einzugreifen, würde nur erschwerend und störend wirken und erweist sich deshalb eine engzügliche Grenzregulierung durch solche Beschlüsse als unzulässig.

2. Um ein gedeihliches Nebeneinander- und Zusammenwirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben unter Anerkennung des gegenwärtigen Organisationsstatus empfohlen, strittige Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den Zentralvorständen der in Betracht kommenden Verbände abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agitation, des Uebertrittes von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch feste Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln.

3. Die lokale Anerkennung des Organisationsstandes erheischt die Unterlassung jeder unlauteren Agitation, besonders unter Hinweis auf niedrige Beiträge oder höhere Unterstützung, die Zurückweisung Aufnahmefuchender, die aus anderen geschlossenen Verbänden ohne genügende Abmeldung und Regelung ihrer Verbindlichkeiten austraten oder ausgeschlossen wurden, sowie die Unterlassung jedes Trudels auf vorübergehend in anderen Berufen beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder. Die letzteren dürfen Mitglieder ihrer Organisation bleiben, haben sich aber bei gewerkschaftlichen Aktionen den Direktiven des Verbandes ihres jetzigen Berufes zu fügen. Organisierte Arbeiter, die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als drei Monate zu einem und demselben Berufe übertreten, müssen sich immer der Organisation des Berufes anschließen, in dem sie arbeiten. Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, haben sich der Organisation des Hauptberufes anzuschließen. Diese Arbeiter haben sich in ihrem Nebenberuf bei Lohnbewegungen und sonstigen Differenzen den Beschlüssen der in Frage kommenden Organisation zu fügen.

4. Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorheriger bestimmter begrenzter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentralinstanzen. Letzteres gilt auch für die Aufnahme vereinzelt beschäftigter beruflicher Arbeiter in Gemeinde-, Staats- und Genossenschaftsbetrieben sowie für Arbeiter, für die am Orte eine Organisation ihres Berufes nicht besteht. Gemeinde- und Staatsbetriebe, in denen Arbeiter verschiedener Berufsarten technisch unabhängig voneinander beschäftigt werden, gelten in ihrer Gesamtheit nicht als Betriebe im Sinne dieser Resolution.

5. Sofern besondere Kartellverträge über die gemeinsame Behandlung von Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen nicht bestehen, haben bei Bewegungen, die mehrere Berufsorganisationen umfassen oder Weiterungen für solche erwarten lassen, die betroffenen Verbände sich vorher sowohl über die Inszenierung und Durchführung der Lohnbewegung als auch über die Unterstützung der Nichtorganisierten zu einigen. Bei gemeinsamen Streiks, wie auch bei Beteiligung einzelner Mitglieder anderer Gewerkschaften an Ausständen unterstützt jede Organisation nur die eigenen Mitglieder.

6. Von etwa abgeschlossenen Kartellverträgen ist der General-Kommission durch Uebermittlung einer Abschrift Kenntnis zu geben.“

Eine rührige Agitation muß nun einleiten, damit wir dem nächsten Gewerkschaftskongreß den zahlenmäßigen Nachweis von der Zweckmäßigkeit unserer Organisationsform in einer Weise demonstrieren können, die auch den hartnäckigsten Gegner zur Anerkennung zwingt. Also:

N i m m e r r a s t e n , i m m e r r ü s t e n !

Würzburg und seine Arbeitsordnung.

Am 1. Januar 1906 wurde seitens des Stadtmagistrats für alle städtischen Arbeiter Arbeitsordnungen eingeführt. Diefelben enthalten teils Verbesserungen, teils aber auch Verschlechterungen. Mit der Einführung des Achtstundentages für Retortenbauarbeiter und Heizer des Gaswerks werden die sozialen Verbesserungen fast erschöpft sein. Allen anderen Verbesserungen einer Arbeiterkategorie stehen wieder Verschlechterungen anderer Kategorien gegenüber. So bedarf ein ständiger Arbeiter zehn Jahre Dienstzeit, bis er drei Tage jährlichen Urlaub erhält. Unständige Arbeiter, die über zehn Jahre im Dienste sind und aus Krankheitsgründen nicht ständig wurden, bedürfen demnach keiner Erholung. Auch $\frac{1}{2}$ des ortsüblichen Tagelohnes wird im Krankheitsfalle ständigen Arbeitern gewährt. Es ist dies noch wenig für einen Kranken. Die unständigen Arbeiter erhalten nur das gesetzliche Krankengeld, während früher allen Arbeitern der halbe Verdienstslohn gewährt wurde auf einige Wochen. Nach der neuen Arbeitsordnung werden Ueberstunden mit $\frac{3}{4}$ Proz. Zuschlag vergütet. Die alte Fabrikordnung des Wasserwerks hatte für Nachtarbeit einen Zuschlag von 50 Proz. enthalten. Wenn man bedenkt, daß gerade Nacharbeiten, wie Gas- und Wasserrohrbrüche der Gesundheit keineswegs förderlich sind, so ist hier eine bedeutende Verschlechterung zu verzeichnen. In verschiedenen Lohnklassen hat man die Arbeiter eingeteilt. Diese Lohnklassen enthalten zwar Anfangs- und Höchstlöhne, aber von einer von Zeit zu Zeit steigenden Lohnhöhung ist keine Rede. Es ist also kein Lohnstarif, welcher den gerechten Wünschen und Bestrebungen der Arbeiter entspricht. Ferner ist eine Versorgungsklasse gebildet worden, zu welcher Beiträge entrichtet werden müssen. Den Segen dieser Klasse kann nur derjenige genießen, der dienstunfähig ist, also seine körperliche Kraft vollständig aufgegeben oder verbraucht hat. So sehen wir, daß diese Arbeitsordnung dringend einer Reform bedarf.

Am Ostermontag 1905 wurden zwar Arbeiterausschüsse gewählt, jedoch wurden dieselben nicht zu den Beratungen beigezogen. Wenn Arbeiterausschüsse nur als Dekorationsstück dienen, sind dieselben zwecklos. Der Arbeiterausschuß II hat nun den Entwurf einer vollständig neuen Arbeitsordnung an die Mitglieder des Stadtmagistrats wie des Gemeindefolkiums gesandt. Die wesentlichen Wünsche dieses Entwurfs sind folgende: Einführung des Achtstundentages für alle im Schichtwechsel stehenden Arbeiter, neunständige Arbeitszeit für alle übrigen; Vergütung der Sonntags- und Nachtarbeit mit 50 Proz. Lohnhöhung; Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage nach zwei Jahren Dienstzeit; Bezahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld auf 26 Wochen; Fortbezahlung des Lohnes beim Tode eines Arbeiters für den Sterbemonat und den darauffolgenden Monat an die Angehörigen; Bildung eines Arbeiterausschusses für alle städtischen Arbeiter.

Am 5. Februar 1905 sagte ein Magistratsrat in einer allgemeinen Versammlung: „Wir sind ja nicht mit dieser Arbeitsordnung verheiratet.“ Demnach haben schon damals verschiedene Herren bemerkt, daß die geschaffene Arbeitsordnung die Arbeiter nicht befriedigen kann. Eine Erhöhung der Löhne, welche der jetzigen Lebensmittelerzeugung entspricht, wäre dringend notwendig. Im Juli v. J. hat man den städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeitern Feuerzuschläge gewährt. Dies geschah nach dem bekannten Maxim: „Nach oben mit Schüsseln, nach unten mit Löffeln.“ Die Arbeiter erhielten 10 und 20 Pf. täglich, während die Beamten um 200, 300 und 600 Mk. jährlich aufgebessert wurden. Nun, wollen wir hoffen, daß die Stadtverwaltung durch die Genehmigung der eingereichten Arbeitsordnung ihren guten Willen in puncto Arbeiterfreundlichkeit an den Tag legt.

Aber auch die Kollegen selbst müssen dafür Sorge tragen, daß eine starke Organisation hinter dieser Eingabe steht. Auf dem Präsentierteller hat man noch niemals der Arbeiterkraft etwas entgegengebracht. Alle Verbesserungen sind durch die Gewerkschaften erungen worden. Und gewiß tragen doch alle Arbeiter den Gedanken in sich: Es muß doch auch für mich einmal besser werden. Das kann nur dann verwirklicht werden, wenn Mann für Mann der Organisation angeschlossen ist. Laßt Euch nicht irreführen durch christliche Arbeiterzeitschriften, die niemals fruchtbringende gemeinsame Arbeit fördern helfen, sondern in ihrer Eigenbrödelerei nur einer gewissen Partei Vorwanddienste leisten.

Die schon organisierten Kollegen müssen mehr wie bisher ihre organisatorische Pflicht erfüllen. Wenn wir dahin wirken, daß der Organisationsgedanke bei allen Kollegen Wurzel faßt, dann liegt die Zeit nicht mehr fern, allwo auch in Würzburg das Arbeitsverhältnis ein besseres wird.

Das neue Lohnprinzip in hamburgischen Staatsbetrieben.

Einem Artikel unseres Kollegen Bürger in Nr. 24 der „Kommunaler Praxis“ entnehmen wir die folgenden bemerkenswerten Ausführungen über die neugeschaffenen Verhältnisse in den Hamburger Gaswerken:

Wir bemerken in Hamburg das Zusammentreffen dreier Faktoren: Einführung der Achtstundenschicht, Einführung des Maschinenbetriebes und Inkrafttreten des neuen Lohnsystems. Es ist recht bezeichnend, daß man noch am 31. März 1908 die Arbeitervertreter ziemlich im unklaren darüber ließ, was der neue Lohnsystem enthalte. Man sagte wohl, als die Arbeitervertreter um genaue Auskunft baten, daß in den „nächsten Tagen“ der neue Tarif angeschlagen werden würde, aber drei volle Wochen gingen doch erst darüber hin. Mittlerweile hatte die Verwaltung eine größere Anzahl Arbeiter in Jahreslohn gestellt und eine noch größere Anzahl in Wochenlöhnen unter Anrechnung der zurückgelegten Dienstzeit, während der Meist im Tagelohn, d. h. auch ohne Zulage blieb. Damit war die Deputation zur Herrin der Situation geworden.

Besagen wir uns nun kurz mit der Wirkung der Verdrängung des Handbetriebes durch den Maschinenbetrieb und greifen von den drei großen Gaswerken zunächst das Warmbeder heraus. Dort stehen zwei Retortenhäuser, das eine ist fertig umgebaut und das andere befindet sich zurzeit im Umbau. Auf großen luftigen Dienen stehen rechts und links in langen Reihen je 16 Stettiner bezw. De (undere) Oefen mit geraden Retorten. Alle Maschinen, Elevatoren, Hängebahn usw. werden elektrisch angetrieben. Die Retorten, die nach bekannter Art in drei Reihen übereinanderliegen, haben vorn und hinten Deckel. Vor jeder Ofenreihe laufen auf Gleisen die Stoch- und Lademaschinen. An Stelle der Handstoker ist der Maschinenstoker getreten. Die Stochmaschine und die Lademaschine werden von je einem Mann bedient. Dann ist noch ein Mann da, welcher die Vorderdeckel aufreißt und den an dem unteren Ende der Steigeröhre angesammelten Teer entfernt. Ein vierter Mann ist hinter den Ofen tätig, um die Signale für die Stoch- und Lademaschinen zu geben und die hinteren Retortendeckel zu öffnen und zu schließen. Die Maschinen funktionieren ausgezeichnet. Die Stochmaschine stößt, nachdem auch der hintere Retortendeckel geöffnet ist, den Koks aus der Retorte. Das ist das Werk weniger Minuten. Der Koks fällt in hinten in Bewegung befindliche eiserne Körbe, wird gleichzeitig gelöscht und in die Wagen der Hängebahn befördert. Die Lademaschine wirft in wenigen Sekunden ihre 200 Kilogramm (auf dem Gaswerk Grasbrook auch 500 Kilogramm) Kohle in die Retorte, und der Mann, der die Lademaschine bedient, muß die vorderen Retortendeckel wieder schließen. Diese vier Mann bedienen alle 16 Oefen in der Reihe. Auf der anderen Seite der Diele sind ebenfalls vier Mann in derselben Weise tätig. Das ergibt bei drei Schichten innerhalb 24 Stunden 24 Mann. Beim Handbetrieb herrschte das Zweischichtsystem à 12 Stunden und an Stelle der 24 Mann waren ausschließlich der Steigeröhreiniger, Heizer und Handlanger 16 Mann in 24 Stunden tätig. Da aber zur Bedienung der übrigen Maschinen (Hüllen der Kohlenbunker, Hängebahn usw.) noch Leute tätig sind, möge folgende (Gegenüberstellung die Personalersparnis zeigen:

In 24 Stunden in einem Feuerhause	
früher beim Handbetrieb	jetzt beim Maschinenbetrieb
Stoker 64 Mann	Stoker 21 Mann
Kohlenchieber 16 "	Heizer 9 "
Kokschieber 16 "	Steigeröhreiniger 8 "
Heizer 8 "	Schlackenabfahrer usw. 9 "
Steigeröhreiniger 5 "	An der Hängebahn 6 "
Schlackenabfahrer usw. 4 "	An den Kohlenloren 4 "
	Zum Bunkerfüllen 2 "
	Diverse 3 "
113 Mann	65 Mann

Auch die Zahl der Plaz- oder Hofarbeiter, die zurzeit noch 120 (gegen 190 im Winter) beträgt, wird durch Errichtung eines maschinellen Koksbrechers, Abmessers und Verladere bedeutend eingeschränkt werden. (In nächster Zeit sollen wieder 30 Mann entlassen werden.)

Auf dem Gaswerk Grasbrook hat man ebenfalls den maschinellen Betrieb eingeführt, mit der Wirkung, daß an einer Stelle, an welcher sonst in 24 Stunden 81 Mann arbeiteten, jetzt nur noch ihrer 40 gebraucht werden. Hier werden die aller verschiedensten Sensensysteme ausprobiert. Neben den wasserrechten Retorten finden wir die festrechten und die neuesten Kammeröfen vor. Auf die letzteren setzt die Technik noch größere Hoffnungen, denn vor ihnen wird nur am Tage gearbeitet, während nachts nur zwei Mann nötig sind zur Wartung. Jechn Mann sollen innerhalb 24 Stunden pro Ofen 60 000 Kubikmeter Gas fertigmachen. Vorläufig funktionieren diese Kammeröfen noch nicht nach Wunsch der Fach-

männer, aber der fortschreitenden Technik wird die Lösung auch dieser Aufgabe noch gelingen.

Indem wir so sehen, wie die früher sehr starken Belegschaften der Gaswerke immer weiter zusammenschmelzen, begreifen wir auch, warum die Deputation so wie aus der Pistole geschossen, plötzlich die höhere Lohnform, Wochenlohn und Jahreslohn, präsentierte. Der Wochenlohn ist von den organisierten Staatsarbeitern von jeher gefordert worden, und im Jahreslohn, der übrigens nicht nur auf den Gaswerken, sondern auch in anderen staatlichen Betrieben eingeführt worden ist, feiert das Arbeiterbeamtenum, das H. Schäfer (Möln*) vor zwei Jahren einmal totschlug, an einer Stelle seiner Auferstehung, an der man es am allerwenigsten vermutet hätte.

Es ist nun ganz sicher nicht soziale Erleuchtung, und der unbezähmbare Trieb gewesen, Staatsbetriebe zu Musterbetrieben zu machen, der in Hamburg Arbeiter in Wochenlohn und in Jahreslohn brachte. Das beweist auch der § 4, Ziffer 1 und 2 des Lohnsystems, ein dieser Vermutstropfen im Freudenbecher der Jahreslöhner. In den wahren Grund haben wir schon erinnert. Zwischen diesem hamburgischen und beispielsweise dem bekannten Züricher Lohnsystem, bei welchem letzterem die Arbeiter auch im Jahreslohn stehen, ist wohl ein lasterlicher Unterschied. Bekanntlich hat auch die Stadt Dresden, um der Streitgefahr zu begegnen, über 600 Arbeiter zu sogenannten Arbeiterbeamten gemacht. Vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus ist an dem neuen Hamburger Lohnsystem überhaupt zu kritisieren, daß die Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverfügungen nicht genügend Schritt gehalten haben mit der technischen Entwicklung. Gegen Einführung der Menschkraft sparenden Maschinen ist natürlich nicht das mindeste einzuwenden, aber die Freizehung so zahlreicher Arbeitskräfte muß auf jeden Fall als Gewinn für die Arbeit auf der anderen Seite eine recht nennenswerte Lohnerrhöhung und Verfürzung der Arbeitszeit bringen, selbst wenn diese unter das angeführte Normalmaß von acht Stunden täglich sinken sollte. Hier in den Hamburger Gaswerken hat der Achtstundentag eine stärkere Anspannung des Arbeiterpersonals gebracht. Von den Lohnaufbesserungen sind alle Arbeiter, die unter drei Jahre im Dienst sind, ausgeschlossen worden. Die Absicht der Tarifmacher, die Eingetret unter der Arbeiterchaft zu sprengen, tritt deutlich hervor, sie wird aber nicht in gewünschtem Maße erreicht werden.

Noch einmal die Feuerbacher Arbeitsordnung.

In seiner Nummer vom letzten Mittwoch trachte der „ Beobachter“, Organ der deutschen Volkspartei, die Nachricht, daß nunmehr der Kampf um die Feuerbacher Arbeitsordnung in ein neues, völlig unerwartetes Stadium dadurch getreten sei, daß die städtischen Arbeiter auf die Bezahlung der Feiertage verzichteten, dafür aber die Wiedereinführung der zehn-stündigen Arbeitszeit wünschten.

An diese Nachricht war noch die hümische Bemerkung geknüpft, daß nunmehr die städtischen Arbeiter selbst auf den „Gegen“ der sozialdemokratischen Matbaumehrheit verzichteten. Andere bürgerliche Zeitungen druckten den gleichen Schwundel nach. Wir haben eingehende Untersuchungen über den Sachverhalt angestellt und können auf Grund derselben folgende authentische Aufklärung geben:

Für Karfreitag und Ostermontag wurde den Arbeitern, gemäß den Bestimmungen der neuen Arbeitsordnung, der Lohn bezahlt. Derige Woche erhielten die Arbeiter am Zahltag jedoch nur fünf Tage bezahlt. Dabei wurde bemerkt, daß Himmelstocht nicht bezahlt werde. Irrendeine weitere Aufklärung, weshalb die Bezahlung dieses Feiertags unterblieb, wurde nicht gegeben. Mit halben Worten nur wurden Andeutungen gemacht, aus denen die Arbeiter entnehmen konnten, daß überhaupt künftig die Feiertage nicht mehr bezahlt werden. Darüber waren die Arbeiter ziemlich befürtzt und das um so mehr, als ihnen durch die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, bei Beibehaltung der feierlichen Stundenlöhne, bereits ein empfindlicher Lohnausfall entstand. Seitens einiger Arbeiter wurde die nachstehende Zuschrift an den Betriebsvorstand des Tiefbauamts gerichtet und eine Anzahl Arbeiter beim Antreten am letzten Montag früh auf dem Lagerplatz dazu animiert, doch auch ihren Namen mit darunter zu setzen

Das Schriftstück lautet wörtlich:

Herr Bauinspektor Streck!

Indem die Festtage nicht mehr bezahlt werden, sind daran festgehalten werden sollte, dies für uns einen Abschlag bedeutet, sehen wir uns veranlaßt, die zehnstündige Arbeitszeit in Anspruch zu nehmen. Die städtischen Arbeiter des Tiefbauamts.

*) Der „Auf nach links“ im Gemeindearbeiterverband, Kommunale Praxis, Nr. 20, 1906.

Einnahmen und Ausgaben der Filialen respektive (1. Januar bis

Gauende Nr.	Filiale	Bei der Hauptliste eingegangen am	Zahl der Mitglieder				Einnahmen												
			in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger	Bestand bei der letzt. Abrechnung	Eintrittsgelder für Mitglieder		Wochenbeiträge für Mitglieder			Ertreueuten der Filialen	Sonnliche Einnahmen	Summe der Einnahmen				
								männl.	weibl.	männl.	weibl.	Personen							
1	Angsburg	2. 4. 08	9	10	—	1	11 81	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48	59	
2	Bad Reichenhall	15. 4. 08	28	24	—	4	20 16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	127	01	
3	Bamberg	13. 4. 08	59	62	—	3	87 54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	333	74	
4	Bad Wilsbelmsbaben	18. 4. 08	68	61	—	7	69 37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	886	97	
5	Barmen	16. 4. 08	203	215	—	12	186 13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	955	58	
6	Barmuth	30. 3. 08	61	41	—	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	403	09	
7	Berlin	28. 4. 08	6019	5839	—	180	1354 38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	606	49	
8	Bielefeld	28. 4. 08	84	89	—	5	55 74	—	—	—	—	—	—	—	—	—	843	80	
9	Brandenburg	7. 5. 08	69	67	—	2	85 80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	90	
10	Bremen	13. 5. 08	11	—	—	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	90	
11	Bremerhaven	10. 4. 08	825	733	—	92	1113 32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5653	42	
12	Breslau	14. 4. 08	50	52	—	2	38 50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	240	24	
13	Breslau	18. 4. 08	524	595	—	71	459 80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2419	80	
14	Burg	22. 4. 08	63	77	—	14	88 75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	331	96	
15	Chemnitz	16. 4. 08	232	230	—	2	201 18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1237	38	
16	Colmar i. El.	8. 4. 08	108	106	—	2	54 24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	471	24	
17	Coln a. Rh.	18. 4. 08	430	423	—	7	197 87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2281	95	
18	Darmstadt	18. 4. 08	89	38	—	7	31 64	—	—	—	—	—	—	—	—	—	147	29	
19	Darmstadt	10. 4. 08	21	20	—	1	26 91	—	—	—	—	—	—	—	—	—	131	06	
20	Dresden	16. 4. 08	1511	1506	—	5	8241 34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17230	40	
21	Düsseldorf	18. 4. 08	166	140	—	18	33 42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	983	09	
22	Düsseldorf	1. 4. 08	29	17	—	3	22 94	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250	70	
23	Düsseldorf	31. 3. 08	74	51	—	21	53 62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	878	27	
24	Düsseldorf	18. 4. 08	112	107	—	5	107 51	—	—	—	—	—	—	—	—	—	597	28	
25	Düsseldorf	21. 4. 08	113	121	—	8	61 48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1169	48	
26	Düsseldorf	7. 4. 08	64	60	—	4	98 45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	404	75	
27	Düsseldorf	18. 4. 08	18	20	—	2	123	—	—	—	—	—	—	—	—	—	71	23	
28	Düsseldorf	5. 4. 08	51	46	—	5	41 25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	277	78	
29	Düsseldorf	30. 4. 08	19	15	—	4	31 79	—	—	—	—	—	—	—	—	—	101	79	
30	Düsseldorf	10. 4. 08	386	388	—	2	218 7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2264	76	
31	Düsseldorf	11. 4. 08	28	23	—	5	14 80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	143	50	
32	Düsseldorf	10. 4. 08	127	125	—	2	653 83	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1109	86	
33	Düsseldorf	31. 3. 08	30	31	—	1	46 40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	158	00	
34	Düsseldorf	13. 4. 08	161	160	—	1	432 79	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1177	39	
35	Düsseldorf	18. 4. 08	35	42	—	7	15 63	—	—	—	—	—	—	—	—	—	125	50	
36	Düsseldorf	21. 4. 08	27	25	—	2	35 57	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16	07	
37	Düsseldorf (Schwab.)	7. 4. 08	18	16	—	2	197 82	—	—	—	—	—	—	—	—	—	508	57	
38	Düsseldorf	14. 4. 08	83	82	—	1	229 25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	393	85	
39	Düsseldorf	30. 4. 08	38	44	—	6	50 49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	192	79	
40	Düsseldorf	10. 4. 08	42	40	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	61	50	
41	Düsseldorf	1. 4. 08	10	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	741	98	
42	Düsseldorf	21. 4. 08	165	155	—	10	9 25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1160	90	
43	Düsseldorf	5. 5. 08	4367	4245	—	62	2288 90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4754	84	
44	Düsseldorf	5. 4. 08	39	45	—	6	172 71	—	—	—	—	—	—	—	—	—	357	46	
45	Düsseldorf	7. 1. 08	194	200	—	15	320 70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1096	40	
46	Düsseldorf	22. 4. 08	213	203	—	10	385 50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	865	58	
47	Düsseldorf	22. 4. 08	161	156	—	5	201 65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	258	09	
48	Düsseldorf	2. 5. 08	49	46	—	3	60 09	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100	98	
49	Düsseldorf	15. 4. 08	181	151	—	27	139 85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4218	90	
50	Düsseldorf	11. 4. 08	428	422	—	6	1981 70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2707	95	
51	Düsseldorf	27. 4. 08	538	521	—	14	217 72	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21	77	
52	Düsseldorf	11. 4. 08	18	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	25
53	Düsseldorf	10. 1. 08	713	700	—	43	1033 78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4214	15	
54	Düsseldorf	27. 1. 08	2	2	—	—	2 40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	25
55	Düsseldorf	30. 5. 08	252	238	—	11	165 12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1360	52	
56	Düsseldorf	4. 5. 08	103	114	—	6	281 01	—	—	—	—	—	—	—	—	—	846	11	
57	Düsseldorf	13. 4. 08	529	509	—	20	1024 79	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3452	61	
58	Düsseldorf	25. 1. 08	472	458	—	16	497 05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2265	25	
59	Düsseldorf	11. 4. 08	919	887	—	32	1042 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5559	80	
60	Düsseldorf	18. 4. 08	50	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	165	90
61	Düsseldorf	22. 4. 08	24	39	—	15	11 90	—	—	—	—	—	—	—	—	—	93	21	
62	Düsseldorf	15. 4. 08	13	13	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	66	91
63	Düsseldorf	7. 1. 08	430	361	—	69	409 77	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2245	67	
64	Düsseldorf	8. 4. 08	19	—	—	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	82	50
65	Düsseldorf	30. 4. 08	5	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	—
66	Düsseldorf	8. 4. 08	1709	1690	—	6	3135 54	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11002	53	
67	Düsseldorf	8. 4. 08	22	20	—	2	45 60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	134	80	
68	Düsseldorf	25. 4. 08	225	207	—	114	377 17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1780	32	
69	Düsseldorf	11. 4. 08	116	113	—	3	61 75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	642	17	
70	Düsseldorf	22. 4. 08	10	13	—	3	34 28	—	—	—	—	—	—	—	—	—	79	88	
71	Düsseldorf	1. 4. 08	20	20	—	9	125	—	—	—	—	—	—	—	—	—	169	13	
72	Düsseldorf	21. 4. 08	71	60	—	11	152 85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	530	35	
73	Düsseldorf	23. 5. 08	51	40	—	11	51 95	—	—	—	—	—	—	—	—	—	331	26	
74	Düsseldorf	22. 4. 08	11	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	73	48
75	Düsseldorf	30. 3. 08	9	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90	98
76	Düsseldorf	18. 4. 08	11	18	—	7	9 88	—	—	—	—	—	—	—	—	—	88	18	
77	Düsseldorf	2. 4. 08	64	67	—	3	16 29	—	—	—	—	—	—	—	—	—	816	38	
78	Düsseldorf	7. 4. 08	20	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	123	91
79	Düsseldorf	10. 4. 08	39	38	—	1	119 29	—	—	—	—	—	—	—	—	—	271	94	
80	Düsseldorf	11. 4. 08	18	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	117	21
81	Düsseldorf	3. 4. 08	11	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	71	00
82	Düsseldorf	11. 4. 08	43	37	—	6	40 11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	284	20	
83	Düsseldorf	13. 4. 08	179	176	—	3	61 75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1073	18	
84	Düsseldorf	11. 4. 08	424	395	—	29	392 61	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3031	81	
85	Düsseldorf	22. 4. 08	1341	1294	—	47	1070 71	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9027	43	
86	Düsseldorf	7. 4. 08	64	61	—	6	317 82	—	—	—									

größerer Einzel-Mitgliedschaften im 1. Quartal 1908 31. März 1908).

Ausgaben											Auf Kosten der Hauptklasse wurden gezahlt						Vom Ende Nr.
Berwaltung	Agitation	Arbeitslosen-Unterstützung	Kranken-Unterstützung	Sonstige Unter-stützung	Startgeld u. Sefre-tarifs-beträge	Bil-dungsmittel	Sonstige Aus-gaben	An die Hauptklasse gefandt	Summe der Ausgaben	Reicht ind. Mittel fülle Bestand	Streit-Unter-stützung	Gemein-reachten Unter-stützung	Arbeits-losen-Unter-stützung	Kranken-Unter-stützung	Erwerbs-Unter-stützung		
2 57								27 55	30 42	18 17						1	
12 15	1 30			1 50	8 45		5	78 39	103 29	21 72				12	85 32	40	
20 59	4 45			20	22		12	184 78	251 47	72 27					50 67	4	
77 23	13			41	41		20 50	782 50	734 23	221 25		80			98 35	6	
18 10				26 11	26 11		10	189 46	254 57	149 52			16		56 57	7	
870 15	834 95	162 70	431	325	7 04	48 29	1477 75	1926 43	2752 27	1598 64	17 50	739 48	270 67	3621	1065	8	
29 70					20 40	7		228 57	267 98	388 53			16		19 33	7	
44 62					1			191 14	266 16	77 64			16		63 33	8	
								13 35	13 35	2 45						9	
687 10	20		165 40	290	64 98			8067 17	4914 35	1338 07		45 25		558 69	250	10	
31 15	10 10				10			110 13	221 38	18 86						11	
596 59	132 35				60			1019 72	2063 57	366 24		44 63		608	40	12	
36 59					6 85			178 05	239 48	101 47				140 68	70	13	
102 75	28 20		81 50	29	22 50	15 80	5	681 39	1056 13	181 25		47 92		236 01	90	14	
66 18	5 80				3			300 63	483 01	8 23				118	130	15	
307 33	39 30	50	50 16	20	98 69	25	173 41	1102 94	1908 03	383 92	113			224 01		16	
22 60								86 89	109 46	37 83						17	
4 45								75 33	80 18	51 43						18	
21 5 45	181 30	1057 26	2168 88	89	161	14	16 50	4497 59	10822 18	608 22		84	1513 39	2013 10	550	19	
102 91	34 80		17 69		30	2 10	44 29	346 73	679 45	114 23				72	30	20	
8 40							2 50	34 31		15 48						21	
18 07						1 60		234 30	271 77	104 59				19 42		22	
78 15					8 73			338 23	439 11	158 15		117		4	123 33	23	
49 02	4 36		145		0 97			327 72	664 06	604 42				119 25		24	
56 40					11 75			221 18	285 33	109 42			12		69 34	25	
9 10	1 25				2 70			62 50	69 65	5 18				28		26	
11 46	7 85						15	120 57	151 68	123 07						27	
1 40					1 50			32	42 94	79 24				62		28	
578 19	4 50		15		47 65	15 80	13 69	1321 24	1795 88	468 98				455 98	190	29	
12	1 50				2		9	88 69	113 10	39 40						30	
65 98	21 14		20	15	30 50	80	31 30	353 23	525 95	563 91				121 38	80	31	
10 29					8		81 20	100 40	100 40	58 20						32	
133 69	7				38 40	15 40	50 60	491 84	743 84	433 45				212 02		33	
8 87							2 50	100 57	111 92	13 28				36		34	
8 55						25		78 70	89 50	31 53						35	
3 93					3 60		2 15	44 02	54 30	40 77				32		36	
29 41	8 20			10	13 30			233 09	268 90	207 67			87 32	133 32		37	
22 29					12 60			91 87	126 68	217 19						38	
15 70				15			60	74 15	101 55	88 44				36 64	90	39	
1 60								42 50	49 10	12 40						40	
115 95	23 80	784 90	2315 16	325	436 98	69 85	59 50	699 80	996 59	65 19	253 95		40 34	121 34		41	
81 75 95								797 50	1231 88	525 95		82	836 65	38 8 34	935	42	
30								12 50	138 81	181 31		30 60		149 33		43	
73 98	17 25				25 65	8 30	27 25	586 21	733 54	397 95			12	172 70		44	
159 95	10			35	18 11			548 28	760 49	345 95				77 33		45	
141 77					22 50		19 15	453 55	694 97	228 29			8	242 99	100	46	
22 15	8				9 81		2 50	141	183 49	74 60						47	
81 34	40 18			53	28	10	84 61	621 25	818 53	181 50		49		42 67	70	48	
319 64				35	108 54		173 32	1417 15	2883 44	21 55 16	134 66		43 33	245 99		49	
647 77	86 11			10	113 70	4 10	15	1617 22	2426 00	281 65		153 10	63 32	476 01	190	50	
										24 77						51	
12 62								9 19	21 91							52	
98 52	88 05						126 35	198 50	3158 55	1075 59				87 67	296 01	135	53
1 12								6 38	8 14	3 12						54	
24 12					72 96		43	549 25	1164 68	194 81		82 01		16		55	
72 05	26 40					4		117 20	649 65	296 46				414	70	56	
311 94	150 49			75	68 50		29 40	1765 69	2333 83	1118 78		22 67	40 02	416 64	90	57	
256 84	34 24				101 55		19 25	1169 15	1831 34	534 91				365 70	170	58	
619 88	17 05			130	189 92			2820 69	3861 94	1697 86			52 68	683 26	195	59	
16 37							10	110 48	134 55	19 15						60	
11 31					7			70 04	91 37	1 88						61	
17 30					1 95		4	38 59	62 24	4 22						62	
288 43	27 12			37	68		28	1241 16	1961 16	594 16			20 67	312 72	00	63	
								65	81	1 50						64	
2 45								15 50	17 95	1 65						65	
2088 54	77	73 14	599 21		288 55	46 85	283	1648 71	8921 22	2379 31			147 32	1613 72	155	66	
18 67								65 04	83 20	51 10						67	
146 67	17 12		15		69 75		74 36	911 40	1388 80	511 12		109	48 67	139 67	70	68	
91 79	54 15		43 16	3	13 25			313 15	589 21	72 96			24	158 01		69	
5 90	9 40							30 95	45 55	23 83				48		70	
2 13								38 38	101 11	68 02						71	
49 15	7 30		61		3 48			229 25	350 08	150 37				64		72	
41 77	2				14		7 20	291 77	285 54	68 31			16	8		73	
2 35								24 97	34 12	39 36						74	
6 30								28 50	34 80	16 18						75	
7 14					6 50		22 85	40 69	77 18	11				86		76	
29 29	2		85		15 35			177 88	269 40	169 88			25 30	30		77	
10 38					90	1 20	9 55	64 84	86 75	36 63						78	
14 35			5		3 00		19 63	109 17	151 75	129 19				89		79	
6 36	1 04						2 50	67 40	67 70	49 53						80	
1 25			11 50					17 31	30 09	41						81	
20 39						16		165 58	191 88	92 32						82	
186 75	5 50		34		21 15	8 20	47 50	490 15	736 45	277 68		16		84		83	
29 66	38 20				82 75	8 50	48 65	1249 91	1965 39	1366 42				184		84	
1440 12	28 50			300	25 55	7 45	118 08	3679 81	5583 49	3499 93				1235 04	290	85	
29 45	17 95				9	9 40		154 92	257 72	105 45			16	82		86	
18 11					10 80		9 60	103 22	142 13	25 64			16	54 67		87	
141 66	11 97			11 65	64 60		110 50	744 25	1074 34	702 73		87 50		249 32	180	88	
9 92					9 90		3	74 01	96 83	15 99				4		89	
29 4	10		15		16 60		5	203 58	279 92	102 92				4		90	
59 22	50				14			228 40	392 02	78 48				29		91	
11 59	6 29				1 55		2 50	91 84	116 59	17 66				60		92	
								70 91	79 91							93	
2832 51	2286 27	2291 40	6815 68	1986 65	3059 02	492 54	4421 75	8906 66	12867 48	7084 14	6 55 11	1781 08	3073	20245 95	5810	94	

und Erlaßheim a. Ruhr. — Eingegangen ist Zahl L. Baden. — Rechnung für die Jahre 1907/08.

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1908.

Einnahme:	
An Bestand	174 744,57 Mf.
Eintrittsgeldern	1 294,—
Mitgliederbeiträgen	78 741,87
„Die Gewerkschaft“	306,44
Protokolle	312,85
Kalender	686,50
Mitgliedsbüchertuteralen	561,30
Zinsen	2 852,20
sonstigen Einnahmen	197,54
Summa	259 697,27 Mf.
Ausgabe:	
Für Streifenunterstützung	535,11 Mf.
Gemahregelunterstützung	1 781,06
„Medizinisch“	343,50
Arbeitslosenunterstützung	3 673,—
Krankenunterstützung	20 345,65
Sterbeunterstützung	5 810,—
Agitation und Vohnbewegungen:	
Durch die Gaubureaus	14 734,76 Mf.
Durch das Hauptbureau	1 380,90
Summa	16 115,66
„Beitrag an die Generalkommission „Die Gewerkschaft“	925,92
„Unterrichtskurse und Bildungsmittel	14 311,79
„Literatur	905,42
„Inventar	176,49
„persönliche Verwaltungskosten:	
„Mäler	341,50
„Sigungsgelder	4 542,90 Mf.
„Versicherungsbeiträge	141,60
„	158,40
Summa	4 842,90
„sächliche Verwaltungskosten:	
„Drucksachen	2 924,60 Mf.
„Bureaukosten	314,10
„Materialien für die Filialen	2,60
„Porto	604,67
„Bureauumiete, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	965,50
Summa	4 811,47
„sonstige Ausgaben	315,05
Summa	75 234,52 Mf.
Abschluß:	
Einnahme inkl. Bestand	259 697,27 Mf.
Ausgabe	75 234,52
Reiht Bestand	184 462,75 Mf.

Hiervon gelten 54 296,62 Mf. als Fonds für die Sterbeunterstützung.
 Berlin, den 30. Juni 1908. G. A. H. W. A. N. N., Hauptkassierer.
 Revidiert und für richtig befunden

Die Revisoren:
 Karl Schabel. Emil Luz.

Zusammenstellung

Über die Gesamteinnahme und -Ausgabe des Verbandes im 1. Quartal 1908.	
Einnahme:	
Einnahme der Filialen	200 471,62 Mf.
Einnahme des Verbandsvorstandes	179 640,61
Summa	380 112,23 Mf.
Ausgabe:	
Ausgabe der Filialen	49 590,82 Mf.
Ausgabe des Verbandsvorstandes	75 234,52
Summa	124 815,34 Mf.
Abschluß:	
Gesamteinnahme	380 112,23 Mf.
Gesamtausgabe	124 815,34
Reiht ein Vermögen von	255 296,89 Mf.
Davon in den Filialen	70 834,14 Mf.
Davon in der Hauptkasse	184 462,75 Mf.

Deffauer Brief.

„Die Arbeiter, die 25 Jahre und noch länger im Dienste der Stadt sich befanden und noch nicht das Einkommen von 1050 Mf. erreicht hätten, verdienen dasselbe nicht. Er könne einem Menschen, der 25 Jahre lang ein Faulpelz gewesen sei, das Bürgerrecht nicht geben.“

Also sprach das weise Oberhaupt der Haupt- und Residenzstadt Dessau in der Gemeinderatsitzung vom 20. Mai, als er seitens des sozialdemokratischen Stadtv. Dersitz bezüglich der Löhne der städtischen Arbeiter interpelliert wurde. Hier wird von dem berufensten Vertreter der Stadt ein Standpunkt eingenommen,

der wohl einzig dasteht. Ein „Faulpelz“ ist der, wenn er 25 Jahre und darüber bei einer Stadtverwaltung beschäftigt ist, die ihren Arbeitern solche horrenden Löhne zahlt, daß dieses Einkommen nicht mal die Summe von 1050 Mf. erreicht, um das Bürgerrecht erwerben zu können. Hier ist wenigstens mit brutaler Offenheit gesagt worden, wie man im tiefsten Grunde seines Herzens über die städtischen Arbeiter denkt. Allerdings sticht dies von den Verteuerungen des Dr. Ebeling auf den Städtetagen und sonst bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, daß er bestrahlt sei, für die Arbeiter soviel wie nur in seinen Kräften steht zu schaffen, merlich ab. Die Straßenwärtler können sich für den ihnen verfehten Aufstieg b. im Oberbürgermeister bedanken, denn sie sind es besonders, auf die die Faulpelzbezeichnung gemünzt war. Aber auch die anderen städtischen Arbeiter haben alle Ursache, dafür zu sorgen, daß derartige Verteilungen, die der gesamten Arbeiterschaft wie ein Nadel anhaften, in Zukunft unmöglich gemacht werden. Daher wird jeder wohl unangenehm enttäuscht gewesen sein, als er von diesem Vorwurf hörte. Es kann nur Aufgabe der Arbeiter selbst sein, daß sie sich dagegen aufraffen und Front machen. Dies kann aber nur in einer Organisation geschehen, die von Arbeitern selbst geleitet und auch die Interessen derselben ohne Rücksicht der Person und des Standes vertritt. Daher kann es kein städtischer Arbeiter mit seiner Ehre in Einklang bringen, daß er noch einem sogenannten Arbeitervereine angehört, über den der Oberbürgermeister das Protektorat übernommen hat, wie es hier beim Evangelischen Arbeiterverein in Dessau der Fall ist. Zeigt, daß Ihr Männer seid, die auch ihr gutes Recht zu vertreten wissen. Schließt Euch Eurer berufensten Interessensvertretung, dem Verbands der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter an und schafft im Verein mit den Kollegen der anderen Städte bessere und menschenwürdige Verhältnisse, legt durch Euren Beitritt zum Verbands Protest gegen die herabwürdigung Eurer Arbeiterrechte ein.

Berichtigung. In dem Artikel „Sozialpolitik in Dessau“ muß es auf der 11. Zeile von oben in Spalte 528 heißen: Bis zu sechs Wochen nach dem Tode des Arbeiters wird an die Witwe und Waisen der regelmäßige Arbeitslohn weitergezahlt, und nicht wie irrtümlicherweise angegeben ist, sechs Monate. pk.

Aus unserer Bewegung.

Barmen. Mit der von der Stadtverwaltung Barmens geplanten Errichtung einer Betriebskrankenkasse für die städtischen Arbeiter befaßte sich die am Sonntag, den 21. Juni 1908, in der „Lumpia“ stattgewundene öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter. Referent Arbeitersekretär Th. Warteles-Köln übte in eingehenden Ausführungen sehr scharfe Kritik an der Errichtung von Betriebskrankenkassen. Als unerläßliche Vorbedingung für die Erfüllung der der Krankenversicherung zugrunde liegenden Aufgaben sei die Konzentration der Organisationsform zu betrachten. Schon der der Arbeiterversicherung innewohnende soziale Gedanke, die solidarische Unterstützung des wirtschaftlich Schwachen durch den wirtschaftlich Starken, verbiete eine Zersplitterung der Städte und verlangt eine Vereinigung derselben zum gemeinsamen Werk. Zudem erstehe den städtischen Arbeitern in der Errichtung der Betriebskasse die Gefahr der für sie geschaffenen sozialen Verzerrung. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Kollege Schäfer-Köln referierte also dann über die Schaffung einer allgemeinen Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter. Schon vor einem Jahre reichten die städtischen Arbeiter eine Eingabe an die Stadtverwaltung ein, in der sie eine einheitliche Regelung ihres Arbeitsverhältnisses durch Erlass einer allgemeinen Arbeitsordnung verlangten. Bis heute hat man dieser Eingabe jedoch noch nicht gedacht. Statt dieser will man nun die städtischen Arbeiter mit einer Betriebskasse beglücken, deren Errichtung man mit aller Eile betreibt. Dagegen entbehren die Arbeiter im Straßenreinigungsbetrieb selbst noch einer Betriebsarbeitsordnung. Hier wäre sicherlich der Stadtverwaltung Gelegenheit gegeben, auf dem Gebiete der „kommunalen Arbeiterpolitik“ vollkommenere zu schaffen, als die Errichtung einer Betriebskrankenkasse. — In der Diskussion sprachen sämtliche Redner gegen die Errichtung einer Betriebskasse und wurde besonders hervorgehoben, daß die Stadtverwaltung hiermit den Wünschen der Arbeiter nicht entspreche. Insbesondere siehe es einer Stadtverwaltung nicht an, auf Kosten der Allgemeinheit solche Einrichtungen zu treffen, um dadurch zu sparen. Herr Obersekretär Waber erklärte in der Rede vom 2. Juni, daß hiermit 10 000 Mf. gespart würden. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute, am 21. Juni 1908, tagende öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter protestiert ganz entschieden gegen die von seiten der Stadtverwaltung geplante Er-

richtung einer Betriebskrankenkasse für die städtischen Werke. Die Betriebskrankenkassen stehen nachgemessenermaßen in bezug ihrer Leistungen hinter den Ortskrankenkassen zurück. Versuche, die städtischen Arbeiter durch schöne Versprechungen darüber hinwegzuführen, können bei dem aufgeklärten Teil derselben nicht verfangen. Noch weit bedenklicher erscheint der Versammlung die durch Errichtung einer Betriebskrankenkasse geförderte Zersplitterung des Krankenkassenwesens, die eine schwere Schädigung der Versicherten zur Folge haben muß. Wenn irgendwo, so muß auf dem Gebiete der Krankenversicherung das Zusammenfallen aller Kräfte angestrebt werden. Insbesondere sollten sich alle öffentliche Körperschaften dieser sozialen Bestrebung anschließen, nicht aber selbst entgegengesetzte Maßnahmen treffen, zumal durch ihr Beispiel die Privatunternehmer zu gleichem Tun veranlaßt werden können. Die Versammelten ersuchen daher die Stadtverordneten, der Errichtung einer Betriebskrankenkasse ihre Zustimmung zu versagen. Wenn sich irgendwo Veränderungen notwendig machen, so auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik. Die rechtliche Stellung der städtischen Arbeiter von Karmen ist eine unhaltbare. Eine allgemeine, die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter generell regelnde Arbeitsordnung fehlt heute noch. Dieser Mangel macht sich für die Arbeiter in der unangenehmsten Weise bemerkbar. Im Straßenreinigungsbetrieb entbehren die Arbeiter selbst noch einer Betriebsarbeitsordnung. Hier einzutreten und neues, vollkommeneres zu schaffen, sollte selbst der Stadtverwaltung weit wichtiger erscheinen als die Errichtung einer Betriebskrankenkasse. Die Versammelten sprechen den lebhaftesten Wunsch aus, daß unverzüglich in die Beratung eines seitens des Verbandes der Gemeindegewerkschafter unterm 4. Juli 1907 eingereichten Entwurfes einer allgemeinen Arbeitsordnung eingetreten wird."

Berlin. Die Wasserwerksarbeiter hielten am 21. Juni eine Versammlung ab. Vom Bericht des Arbeiterausschusses ist mitzuteilen, daß vom 1. April ab Ueberstunden von abends 6 Uhr mit 50 Proz. Lohnzuschlag bezahlt werden; ausgenommen davon ist das Betriebspersonal, überhaupt alle diejenigen Arbeiter, die mit Schichtwechsel arbeiten und die Wächter. Für die Reparaturarbeiten an den Weileitungen, Schließen von Sähen usw., die auf Kosten der Hauswirte ausgeführt werden, soll nach Deputationsbeschluß der Aufsicht von 50 Proz. erst von abends 8 Uhr beginnen. Diese Arbeiten fallen im allgemeinen den bis jetzt sogenannten Blumbern und Werkstatzrobtlern mit ihren Leuten zu. Diese Kategorie von Arbeitern ist somit um die zwei Stunden Lohnzuschlag geschädigt und gerade müssen die angefangenen Reparaturarbeiten des Abends noch beendet werden. Die dadurch geschädigten Arbeiter erkliden darin eine Zurücksetzung von den übrigen Arbeitern. Sie erklären, daß es für sie gleichgültig ist, ob diese Art Arbeiten von den Eigentümern oder vom Magistrat bezahlt werden, jedenfalls haben sie dasselbe Recht, von 6 Uhr abends ab 50 Proz. Lohnzuschlag zu beanspruchen, als alle übrigen. Sie beauftragten den Arbeiterausschuh, diesen Punkt mit auf die Tagesordnung zu setzen. Ueber die letzten Vorgänge bei den städtischen Wasserwerken kam es zum Teil zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Versammlung beauftragte den Arbeiterausschuh, recht bald eine Ausschussung einberufen zu lassen und folgende Punkte auf die Tagesordnung zu stellen: 1. Gleiche Bezahlung der Ueberstunden. Für die angefangenen Reparaturarbeiten, die meistens die Blumber an den Weileitungen auszuführen haben, sind ebenfalls von 6 Uhr abends ab mit 50 Proz. Lohnzuschlag zu bezahlen. 2. Gleichstellung der Nacht- und Tageswächter mit den Wächtern der übrigen Werke. 3. Kernierung der geleisteten Stundenzahl bei den wöchentlichen Lohnzahlungen. Infolge der unentbehrlichen Vorkommnisse in letzter Zeit bei den Lohnzahlungen ist in Zukunft die wöchentliche Stundenzahl auf der Geldtute zu vermerken. 4. Der Fall des Robtlegers Urbanial. 5. Aufrechterhaltung und nochmalige Beantragung um Aenderung des englischen Ausdrucks Blumber in den deutschen Namen Robtleger. 6. Wegfall des promissorischen Lohnes. Ferner sind Alopfer, die schon länger als Hilfsklopper gearbeitet, 10 Jahre und noch länger im Dienste der städtischen Wasserwerke gestanden haben, nicht wieder mit dem Anfangslopperlohn von 47 Pf. pro Stunde, sondern mit dem Höchstlohn von 50 Pf. pro Stunde zu lohnen. 7. Die amtlichen Bekanntmachungen in bezug auf die Arbeitszeit usw., sind nicht in der Werkstatt und den sogenannten Dreheraal, sondern draußen am Eingange auszubringen. 8. Vergütung einer Werkstunde für die Arbeiten im äußersten Norden, über die Seestraße hinaus. 9. Bessere Behandlung der Arbeiter resp. der Blumber durch die Beamten der Werkstatt.

Berlin. In einer am Freitag, den 26. Juni, stattgefundenen Generalversammlung der Revierinspektionen referierte Kollege C. Niedeck über: „Die preussische Gewerkschaft und die Arbeiter“. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat wies der Vorsitzende auf die laue Haltung der bürgerlichen Presse hin gegenüber den Interessen der Arbeiter und forderte zum Abonnement des „Vorwärts“ auf. — Der bisherige Schriftführer hat sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt und ist durch die vorgenommene Ersatzwahl Kollege C. Scharlau gewählt. — Als dritter Punkt stand: Bericht des Arbeiterausschusses. Hier konnten

die Ausschussmitglieder seinen vollständigen Bericht geben, weil eine Antwort auf die in der Sitzung vom 15. Mai verhandelten Anträge noch nicht eingegangen ist. In der Sitzung sind folgende Anträge verhandelt: 1. Die Handhabung in der Aufrückung vom Arbeiter zum Helfer, vom Helfer zum Robtleger und vom Robtleger zum Schmiebeführer wie auch der damit verbundenen Lohn-erhöhungen. 2. Das Einholen der Revisionen und Rechnungsstände. 3. Sind die Ermittler berechtigt, Kontrolle dem Arbeiter gegenüber auszuüben? 4. Den Revierarbeitern größeren Schutz gegenüber den Monstern gegen ungerechtfertigte Beleidigungen und Verdächtigungen zu gewähren. 5. Die Auszahlung der Lohnzuschüsse in Krankheitsfällen. 6. Die Urlaubsordnung des Magistrats vom 7. Mai 1907. 7. Die unentgeltliche Benutzung der städtischen Volksbadanstalten und Vorkaltung eines Sandbades für jeden Revierarbeiter. 8. Aushändigung einer Widrigkeit des Sitzungsprotokolls. Da nun an diesen Anträgen alle Kollegen sehr interessiert sind und ihnen auch an einem baldigen Bescheide sehr gelegen ist, so wurde folgende Resolution angenommen: „In Ansehung, daß die Ausschussung bereits am 15. Mai stattgefunden hat, bis heute aber noch kein Bescheid erfolgt ist, so beauftragt die Versammlung die Ausschussmitglieder, schriftlich beim Vorsitzenden des Arbeiterausschusses um baldige Verantwortung der gestellten Anträge nachzusuchen.“ — Unter Verschiedenem teilte der Vorsitzende mit, daß mit dem Vorstand der Schreibervereinigung eine Verständigung angebahnt worden sei, jedoch von diesem mit den Worten: „Der Verband kann uns nichts nützen“, abgelehnt ist. Ferner hatte der Hilfsklopper Krause, welcher vor Jahren ausgeschlossen worden war, einen Antrag um Aufnahme in den Verband gestellt, jedoch lehnte die Versammlung es ab, diesem Antrage stattzugeben. Von einem Sommervergügen soll Abstand genommen werden. Kollege Scharlau regte noch an, daß bei Verhandlungen die Beteiligung der Reviere durch Delegationen eine größere sein müsse. Nachdem Kollege Wusacker auf die allgemeine Versammlung aller städtischen Arbeiter und deren Tagesordnung hingewiesen hatte, erfolgte unter einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung Schluß der Versammlung.

Essen a. S. Ruhr. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung unserer Filiale fand am 14. Juni im Restaurant Pals statt. Kollege Geve erstattete den Quartalsbericht. Beim Punkt Verschiedenes wurde der Antrag des Vorstandes gestellt, unseren Gauleiter wegen unserer Eingabe vom Februar zu beauftragen, beim Herrn Oberbürgermeister anzufragen, wie weit die Soziale Kommission mit dieser Materie fortgeschritten ist. Sollte für uns die Antwort nicht günstig lauten, werden wir in nächster Zeit eine öffentliche Protestversammlung einberufen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Oppel vom Stadttheater macht die Anregung, event. in Verbindung mit den beteiligten Organisationen bei der nächsten Generalversammlung folgenden Antrag zu stellen: Verschmelzung des Verbandes des technischen Bühnenspersonals mit dem Gemeindegewerkschafterverband. Nach eingehender Begründung seitens des Kollegen Oppel wurde diese Anregung von sämtlichen Mitgliedern gutgeheißen. An Stelle des Kollegen Welter, welcher ausgeschieden ist, wurde Kollege Samel als Unterkassierer gewählt und Kollege Oppel als zweiter Beisitzer. Beide nahmen die Wahl an.

Kannover. Eine gutbesuchte Versammlung fand am 20. Juni im Restaurant Feuerbahn statt. Kollege Sedmann-Mannheim referierte über: „Die Sozialpolitik der deutschen Stadtgemeinden“. Er führte den Anwesenden klar vor Augen, wie nötig die Organisation ist, um bessere wirtschaftliche Verhältnisse für die städtischen Arbeiter herbeizuführen. Reicher Beifall wurde dem Redner für die wohlgeleitungen Ausführungen zuteil. Kollege Reichner richtete eine kurze Ansprache an die Versammelten, in welcher er die noch indifferenten aufforderte, in unseren Verband einzutreten und gemeinsam mit den bereits organisierten Kollegen für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Einige Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Aber immer noch steht uns ein großer Teil der städtischen Arbeiter fern, sie sind gewissermaßen der Demmshuh unserer Bestrebungen. Öffentlich sehen auch sie bald ein, daß wir ohne genügend starke Organisation unsere Lage nicht so verbessern können, wie dies nötig wäre.

Leipzig. Die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in ihrer Versammlung am 19. Juni einen Vortrag des Genossen Lange über: „Die Entwicklung der Stadt Leipzig“ mit großem Beifall entgegen. Sodann wurde die bisherige Einzelmitgliedchaft in eine Filiale des Hauptverbandes in der Weise umgewandelt, daß die bisherige Erteilung als Gesamtvorstand nominiert wurde. Die Adresse des Vorsitzenden und Geschäftsführers ist nach wie vor: Heinrich Schuchardt, Ortsbureau Volksbau, Portal rechts, II links. — In der Klauß-Frage, die längst einer Revision bedürftig ist, nahm die Versammlung nach reichlicher Diskussion die folgende Resolution an: „Die zahlreich besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen am 19. Juni erklärt die gegenwärtig in städtischen Betrieben gewählten Sommerferien für völlig unzureichend. Wenn die Arbeit, Ferien an Arbeiter zu gewähren, einen praktischen Nutzen haben soll als Ruhe- und Erholungszeit, so ist die

gehige Urlaubszeit zu kurz und die Karenzzeiten zur Erlangung eines solchen zu lang. Die Versammlung stellt daher als Wünsche der städtischen Arbeiter folgende Forderung auf: Nach einjähriger Dienstzeit ist ein Urlaub von sieben Tagen und nach dreijähriger ein solcher von 14 Tagen zu gewähren. Auch die Arbeiterinnen im städtischen Dienst sollen dieser Vergütung teilhaftig werden. Die Arbeitsausschüsse sind verpflichtet, dem Räte diese Forderung zu unterbreiten und sie zu vertreten." — Die Wahl eines Festkomitees zu dem am 4. Juli im Volkshaus stattfindenden Sommerfest bildete sodann den Schluß der Versammlung.

Magdeburg. Am 20. Juni fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung bei Lüdtefeld statt. Genosse Deder hielt einen Vortrag über: „Das Krankentassengesetz“. In ausgezeichneter Weise verstand er es, Vorteile und Nachteile der Krankentassen darzulegen. Mit einem Appell an die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß das neue dem Reichstag vorgelegte Gesetz, das die Selbstverwaltung der Kassen vernichten wolle, zu Falle gebracht werde, schloß er seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Die Diskussion bewies das Interesse, das die Mitglieder an der Verwaltung der Krankentassen haben. Verbäthige Lage wurde über das Verhalten des Krankentassenrendanten Kühne geführt. Vom Vorsitzenden Seiff wurde ersucht, Material zu sammeln, damit dieses in der Krankentassenvertreter-Sitzung als Unterlage verwendet werden könne. Den Kartellbericht gab Förster. Den Beschlüssen des Kartells wurde zugestimmt. Zum vierten Kassenevisor wurde Pistor gewählt. Seiff wies auf die Verhältnisse, die in den einzelnen Betrieben herrschen, hin, und besprach den Fall Hartmann. Es wurde gewünscht, alle Verhältnisse aus den einzelnen Betrieben im Saubureau zu melden, damit diese Verhältnisse in der Presse kritisiert werden. Nach Erledigung innerer Verbandsangelegenheiten, wobei auch der Ausgang des Falles Thiele besprochen wurde, erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Kürnberg. Am Sonntag, den 14. Juni, fand eine öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter im Sächsischen Hof statt mit der Tagesordnung: „Die Gemeindevahlen im kommenden Herbst und ihre Bedeutung, insbesondere für die städtischen Arbeiter“, in welcher Landtagsabgeordneter Segis referierte. Eingangs seines Referates führte Gen. Segis aus, daß die jetzt bestehende Gemeindeordnung und das Wahlrecht derselben ein veraltetes System und gründlich reformbedürftig sei und hob dabei besonders hervor, daß den unteren Volksschichten die Erwerbung dieses Wahlrechtes infolge ungemein hoher Bürger- und Deimatrechtsgebühren fast unmöglich gemacht wird. Gerade die Kürnbergger Stadtverwaltung ist in diesem Punkte noch ziemlich rückständig, weil sie die höchsten Gebühren fordert, die überhaupt nach dem Gesetz zulässig sind. Redner kam dann auf die Gemeindeverwaltungen München und Fürth zu sprechen, in denen die sozialdemokratischen Stadtverordneten bereits vorbildliche Verbesserungen geschaffen haben, trotzdem sie in der Minderheit waren. Dierauf unterzog der Referent die Gemeindebetriebe einer längeren Kritik und rügte, daß trotz ihrer Rentabilität städtische Arbeiter noch unter dem ortsüblichen Tagelohn abgepeitert werden, und daß in dieser Hinsicht Privatbetriebe gewiß mehr Einsicht zeigen würden. Schließlich sprach der Referent die Hoffnung aus, daß bei den kommenden Gemeindevahlen im Herbst sicher einige Vertreter der sozialdemokratischen Partei auf das bis jetzt ganz von der freimüthigen und Jünflerwirtschaft verwaltete Rathaus kommen würden, da ja voraussichtlich die Verhältnismahlen eingeführt werden dürften und forderte zum Schluß die Versammlung auf, in dieser Hinsicht als Klassenbewußte Arbeiter zu handeln und ihre Schuldigkeit zu tun. — In der lebhaften Diskussion wurden einige Verhältnisse in städtischen Betrieben erörtert. Dierauf gelangte eine Anregung zur Abstimmung, den Arbeitersausschüssen den Auftrag zu erteilen, beim Magistrat unverzüglich die Erledigung der Arbeitsordnung zu verlangen. Alsdann nahm Kollege Bebold das Schlusswort und forderte die Kollegen zu reger Agitation für Gewerkschaft und Konjungenossenschaft auf.

Stettin. Vom 22. bis einschließlich 25. Juni d. A. fanden unsere Monatsversammlungen statt. Kollege Deutsche Berlin hielt einen Vortrag über: „Die Aufgaben des Gemeindearbeiterverbandes“. Derselbe wurde in allen Versammlungen vielfach aufgenommen. Von den Diskussionsrednern wurde in allen Versammlungen an dem rüchständigen Verhalten des Magistrats und der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit scharfe Kritik geübt. Die Anzuehrendheit und die Erregung der städtischen Arbeiter wächst von Tag zu Tag. Leider ist sie aber noch nicht so groß geworden, daß die Stadtgewaltigen damit rechnen müssen. Trotzdem nun unsere Petition schon zum dritten Male abgelehnt worden ist, und die „Herren“ im roten Hause für uns weiter nichts übrig haben als Spott und Lachen, so werden wir aber doch unsere Forderungen vor Beginn der Etatsberatungen zum vierten Male einreichen. Wir werden ja sehen, ob es die „arbeiterfreundlichen Herren“ im Stadtverordnetenhaus wieder fertigtbringen werden, unsere Interessen mit Rücksicht zu treten. Damit aber diesen gesättigten Geldsackvertretern das Spiel nicht gar zu leicht wird, bei der Beratung der neuen Petition einfach wieder zur Tagesordnung überzu-

gehen, soll jetzt in eine intensive Agitation eingetreten werden. Es muß versucht werden, den letzten städtischen Arbeiter, sei er auch noch so interesselos, aus seinem bisherigen Schlafe aufzurütteln und ihn der Organisation zuzuführen. Unter den Mitglieedern selbst muß aber ein regeres Interesse und mehr Organisationsfreudigkeit Platz greifen. Nur wenn wir über eine große und gesunde Organisation verfügen und bereit hinter unseren Forderungen stehen, werden die Kapitalproben als Gemeindevetreter den berechtigten Wünschen der städtischen Arbeiter mehr Verständnis und Anständigkeit entgegenbringen. Auch ist es Pflicht der Arbeiter, bei den Stadtverordnetenwahlen nicht mehr wie bisher ihre eigenen Feinde zu wählen, sondern daß sie ihre Stimme nur einem wirklichen Arbeitervertreter geben. — Die Arbeiter vom Friedhof haben ihrem Ausschuss folgende Anträge überwiesen: Für Sonntagsarbeiten, die in der Regel bis Mittag dauern, einen vollen Tagelohn zu gewähren. Für Mittagswachen sind statt einer Stunde zwei Stunden zu bezahlen. — In diesem Punkte tritt Herr Stadtrat Wiegand die Ansicht, wenn auch die Arbeiter länger als eine Stunde auf dem Posten sind, sie aber während dieser Zeit nicht direkt arbeiten, so haben sie doch nur für eine Stunde Lohn zu beanspruchen. — Des weiteren sollen Wasch- und Reinigungsarbeiten mit Lieferung von Seife und Handtüchern eingeführt werden. In der Versammlung der Straßenreiniger wurde der Tod des Kollegen Riehe durch Erbeben von den Plänen gebrüt. Anerkannt wurde, daß sich das Verhalten der Aufsicher Lüd und Krupke nach der Kritik in der „Gewerkschaft“ den Arbeitern gegenüber gebessert hat. Betreffs unentgeltlicher Lieferung von Stiefeln soll der Arbeitersausschuss von neuem dazu Stellung nehmen. — Vom Freihafen ist zu berichten, daß dort noch immer das Heberstundenunwesen in voller Blüte steht, so daß das kolossale Unheil, welches unter diesen Arbeitern und Arbeiterinnen angerichtet wird, wohl nur darauf zurückzuführen ist. Laut Krankentassenbericht sind im Jahre 1907 auf durchschnittlich 453 Arbeiter 40 Unfälle gekommen, also auf 11 Arbeiter ein Unfall. Es ist die höchste Zeit, daß gegen eine derartige Arbeiterausbeutung ganz entschiedene Stellung genommen wird. Ist wirklich soviel Arbeit vorhanden, daß diese nicht bewältigt werden kann, dann möge die Verwaltung mehr Arbeiter einstellen und ihnen einen höheren Lohn zahlen, damit derselbe zum Lebensunterhalt ausreicht. Auf Antrag des Ausschusses sind Waschmaschinen bewilligt worden. Mit der Entschädigung des Handwerkszeuges von pro Tag 20 Pf., wird sich noch die zuständige Deputation beschäftigen. Betreffs der Unterkunftsräume sind unsere Wünsche nicht befriedigt. Hierzu wird noch einmal eine spätere Versammlung Stellung nehmen.

Stuttgart. Am Freitag, den 11. Juni, erstatteten die Vertreter im Arbeitersausschuss der städtischen Arbeiter in einer überfüllten Versammlung im Gewerkschaftshaus ihren Bericht über die am 1. Juni stattgefundene Besprechung der Betriebsvorstände mit den Arbeitervertretern über das bereits im April 1907 eingereichte Gesuch um Einführung einer 1½stündigen Mittagspause für alle Gemeindebetriebe sowie des Gesuchs vom Dezember 1907 betreffend eine Lohn-erhöhung von 20 Pf. pro Tag. Mit Befriedigung wurde aufgenommen, daß wenigstens einige Betriebsvorstände einen entgegenkommenden Standpunkt bei der Besprechung eingenommen. Scharfer Widerspruch fand dagegen die Stellungnahme des Ratsrats Raith zu den verschiedenen Wünschen der Arbeiter. Nach einer ziemlich erregten Diskussion wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, den 12. Juni, stattfindende Mitgliederversammlung der Alliance Stuttgart des Verbandes der Gemeindearbeiter nimmt Kenntnis von dem Resultat der Besprechung der Betriebsvorstände mit den Arbeitervertretern. Die Versammlung erklärt: Die Einführung der 1½stündigen Mittagspause und die Gewährung einer Lohn-erhöhung ist als ein Gebot der Notwendigkeit zu betrachten. Es wird deshalb der Arbeitersausschuss aufgefordert, in Verbindung mit der Organisation alles aufzubieten, um dieselbe durchzuführen. Des weiteren erhebt die Versammlung entschiedenen Protest gegen die in der Sitzung von dem Betriebsvorstand der Straßenbauinspektion, Raurat Raith, gegen die Arbeiter beliebigen Angriffe und Unterstellungen. Die Versammelten erwarten, daß seitens der als Arbeitervertretung in Betracht kommenden Instanzen noch energischer als bisher für die Verwirklichung ihrer gerechten Wünsche eingetreten wird.“ — Zielende Weiterkeit löste die mitgeteilte Anschauung des Inspektors Vöcker von der Friedhofsverwaltung aus, welcher der Meinung war, daß in keinem Betriebe die 1½stündige Mittagspause sich so schwer einführen lasse als auf den Friedhöfen. Ja, warum denn gerade da, Herr Inspektor? Seit wann werden denn über Mittag Feindigungen vorgenommen? Weten Sie doch nicht all das, was Ihnen Raurat Raith vorplauscht, so gewisswärtig nach! Die städtischen Arbeiter betrachten deshalb ihren ablehnenden Standpunkt als nicht ernst gemeint. Anders sieht die Sache bei Raurat Raith. Obwohl in der stattgefundenen Sitzung als auch bereits seit langer Zeit ist dieser Herr der Gemüths bei allen Forderungen der städtischen Arbeiter. Er versteht es famos, unter der Maske des größten Wohlwollens all das zu hinkretischen, was als Verbesserung für die Arbeiter in Betracht

kommen könnte. Das Gute ist nur, daß die Arbeiter den Fuchs nachgerade vollständig durchschauen. Wie wäre es denn sonst möglich, daß er sich jetzt wieder gegen die minimale Lohnerhöhung, wie eine solche beantragt ist, mit Händen und Füßen sträubt? Bis zu 5 Mark pro Tag können die Arbeiter bei ihm verdienen und damit könne sich ein Arbeiter doch genügend zusehen, meint Herr Maith. Ein warmes Mittagessen ist auch nicht gerade für den Arbeiter notwendig, das hat Maith bereits früher, als er große Zustouren machte und dabei auch oftmals nur kalte Kost haben konnte, genügend ausprobiert. Wenn er aber jetzt in der größten Sonnenhitze den ganzen Tag im Freien beschäftigt wäre und mittags mit einer Wurst und einem Stück Brot und etwas Tee (Bier ist ja nach Maith dem Körper auch schädlich) sich begnügen müßte, was würde er dazu sagen? Eine Zulage für diejenigen Arbeiter zu geben, die mittags nicht beim Lönnen, ist bei Maith auch überflüssig. Anscheinend verwechselt er ständig seine 7250 Mk. Gehalt mit den 3,40 Mk. bis höchstens 4 Mk. pro Tag der ihm unterstellten Arbeiter. Außerdem vergißt er auch, daß es in diesem ganzen Jahre nur einer ganz geringen Anzahl von Arbeitern der Straßenbauinspektion möglich war, pro Woche sechs Tage zu arbeiten. Wie es da noch möglich sein soll, mit dem Verdienst von 4, 4½ oder 5 Tagen 7 Tage lang eine Familie zu ernähren, das kann sich Maith mit seinen 313 mal 23,16 Mk. pro Jahr nicht vorstellen. Als am 13. Dezember 1906 die bürgerlichen Kollegen mit Wirkung vom 1. Oktober 1906 beschloßen, daß die städtischen Beamten eine Teuerungszulage von 250 Mk. pro Jahr erhalten sollten, wodurch auch Maith, der am 1. April 1906 bereits von 6500 Mk. auf 7000 Mk. im Gehalt aufgerückt war, nochmals 250 Mk. dazu erhielt, da hat man absolut nichts davon gehört, daß Maith die Aufbesserung zurückgewiesen hätte, trotzdem er dieselbe nicht so dringend bedurfte, als dies bei den so miserabel bezahlten Arbeitern der Fall ist. In die Verlegenheit kommt durch die weiße Fürsorge Maiths kein Arbeiter der Straßenbauinspektion, daß er soviel von seinem Gehalt zurückzulassen imstande ist, um damit in Grundstückspekulation zu machen, und dadurch eventuell der Stadt Schwierigkeiten zu bereiten. Nicht einmal den Mindestlohn von 3,40 Mk. läßt Maith einer Anzahl von Arbeitern zukommen, obwohl dieselben teilweise mehr als ein Menschenalter im städtischen Dienst gefrondet haben. „Es sind ja Arbeiter mit verminderter Leistungsfähigkeit“, wird da auf Anfrage, weshalb die alten Leute nicht einmal den Mindestlohn erhalten, sofort geantwortet. Daß diese Arbeiter aber zum größten Teil ihre ganze Arbeitskraft auf den städtischen Arbeitsplätzen gelassen haben, das verschweigt man. Gerade dies ist eines der traurigsten Kapitel, wenn städtische Verhältnisse besprochen werden. Die Schuld an all dem trägt einzig und allein Maith! Wenn er auch vorläufig der Meinung ist, daß ihm niemand gewachsen wäre, daß er weder etwas nach den städtischen Arbeitern noch nach der Stadtverwaltung zu fragen hat, so kann er berichtigt sein, daß auch seine Stunde einmal schlägt, wie dies bereits bei verschiedenen anderen der Fall war. Wie hat Maith nur allmählich die Affordpreise für Straßenaufbrechen usw. gedrückt! Wie oft schon mußte zu dem verdienten Affordlohn noch eine Aufzahlung erfolgen, weil der Afforddienst geringer als der vorher verdiente Tagelohn war! Die Arbeiter hatten dann von dem ganzen Afford nichts weiter als einen zusammengegeschundenen Körper und während der Arbeitstage im Afford eine erhebliche Mehrausgabe für Nahrungsmittel. Wie lange ließ Maith z. B. die Anfrage der Stadtpflege betreffs Vorseitstellung der Weggehülfe liegen, ehe er dieselbe beantwortete, und wie war dann das Entschieden. Die Frucht davon ist jetzt wieder der Beschluß des Gemeinderats vom 4. Juni d. J., aus dem kein Mensch klug werden kann. Ob das Los darüber gezogen wird, wer von den zunächst siebenmal durchgeführten Weggehülfe eine Lohnerhöhung erhält, oder ob man dies dem „unparteiischen Urteil“ des Maith und dessen unverantwortlichen Ratgebern überläßt, darüber besteht noch keine volle Gewißheit. Wie hat denn Maith wieder die Arbeiter mit der Anschaffung von sogenannten Eissporen, um das Ausgleiten der mit Streuen bei Glatteis beschäftigten Arbeiter zu verhindern, oder mit der Anschaffung von wasserdichten Heberkleidern, desgleichen mit der Anschaffung von sogenannten Gollern zum Butzentragen zum besten gehabt. Versprechen und Halten sind eben immer zweierlei. Kommt ein Arbeitervertreter auf das Rathaus, so kann er bei Maith gewärtig sein, wohl ziemlich höflich, aber so schnell als möglich wieder zur Tür hinauskomplimentiert zu werden. „Die einzelnen Arbeiter sollen selber kommen, wenn sie glauben, Grund zu einer Beschwerde zu haben, ich brauche nicht das ständige Gelaufe von den Arbeitervertretern“, sagt Maurat Maith. Er wißt nämlich genau, daß er mit den einzelnen Arbeitern bedeutend leichteres Spiel hat, als wenn einer der Arbeitervertreter mit den Beschwerden seiner Kollegen kommt. Es riskiert deshalb auch nur höchst selten ein Arbeiter den verlockenden Weg auf die Kanzlei des Maurats. Maith hat es auch verstanden, im Laufe der Jahre die verschiedenen Betriebsvorstände der technischen Ämter so zu beeinflussen, daß in puncto Arbeiterangelegenheiten nichts mehr ohne seine Mitwirkung gemacht wird. Wo er aber einmal seine Finger dazwischen hat, da ist in sichere Aussicht zu nehmen, daß für die Arbeiterchaft nichts Gutes mehr herauskommt. Offentlich lassen sich die Vorstände der

übrigen Betriebe nicht mehr auf die Dauer von Maith in der bisherigen Weise beeinflussen, wenn es sich um Angelegenheiten der ihnen unterstellten Arbeiter handelt, sondern stellen sich wieder auf eigene Füße, denn besonders rühmlich ist für die Herren diese Unterwerfung unter den Willen des Maurats Maith sicher nicht. — Die hochgradig gereizte Stimmung, in der sich durch die provozierende Haltung Maiths die städtischen Arbeiter, insbesondere die der Straßenbauinspektion, befinden, kann Maith nicht unbekannt geblieben sein und wird er deshalb gut tun, den Vogen nicht allzu straff zu spannen.

Traunstein. „Für die Forstarbeiter muß etwas geschehen zur Besserung ihrer Lage, und das kann nur geschehen, wenn sie sich organisieren und den freien Gewerkschaften anschließen“, so heißt die Parole für die Forstarbeiter Traunsteins, und darum sehen sie auch energisch mit der Agitation ein. Sonntag, den 31. Mai, führten einige Kollegen nach Raupolding, um sich dort mit Forstarbeitern über ihre Lage und deren Verbesserung zu besprechen. Die Gelegenheit war sehr günstig, denn die eigentümliche Behandlung ihrer Anträge durch gewisse Abgeordnete hat Erörterung hervorgerufen und es wurde stürmisch eine Versammlung verlangt, in welcher die Taktik dieser Herren beleuchtet und Mittel und Wege zur Besserung der Lage der Forstarbeiter besprochen werden sollen. Es gelang auch, bei G. L. H. einen Saal zur Versammlung am Pfingstmontagvormittag zu erhalten. Das schlechte Gewissen sowie die Besorgnis, eine ziemliche Anzahl von Anhängern zu verlieren, mag die Herren vom „Bauernbund“ veranlaßt haben, den Saal zur Versammlung abzutreiben. Aber gerade die Maßregel vom Gegner reizte die Forstarbeiter erst recht, zahlreich zur Versammlung zu kommen, und in kurzer Zeit war das Lokal sowie der Hausausgang gedrängt voll. Sogar auf der Straße hatten sich eine große Anzahl Waldarbeiter versammelt. Die Absicht des Gegners, die Versammlung zu vereiteln, hatte das Gegenteil erreicht. Die klaren Ausführungen des Redners, R. S. S. b. a. l. d. München, wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Daß aber auch etwas Biß in die Versammlung kam, dafür sorgte der rauer die Menge verstellte bauernbündlerische Landtags-Abgeordnete Eisenberger. Besonders der Zwischenruf dieses Herrn: „Wenn einer gut Sägeisen kann, könne der Holzhaue die Säge 20 Jahre benutzen!“, und die Empfehlung des Referenten, die Holzhaue möchten bei dem Herrn Eisenberger Stunden im Sägefeilen nehmen, riefen große Heiterkeit hervor. Als später S. b. a. l. d. das Verhalten der Bauernbündler bei Arbeiterangelegenheiten als reaktionär bezeichnete, fühlte sich Herr Eisenberger veranlaßt zu fragen, was reaktionär heiße. Unverblümt antwortete ihm der Referent: „Wenn Herr Eisenberger das Wort reaktionär nicht versteht, ist er noch lange nicht zu dem Amte eines Landtagsabgeordneten reif.“ Das war dem Herrn doch zu stark, und trotz wiederholter Aufforderung zog er es vor, das Wort bei der Diskussion nicht zu ergreifen, sondern zu verschwinden. Selbst der Gründer des bestehenden Lokalverbandes mußte den Ausführungen S. b. a. l. d. zustimmen und empfahl, alles zu prüfen und das Beste zu behalten. Die Kollegen, soweit sie dem Lokalverbande angehören, beschlossen demnach auch, eine Generalversammlung einzuberufen, zu der auch die Kollegen von Reit im Winkel eingeladen werden sollen, weil dort auch der Lokalverband besteht, um wegen des gemeinsamen Uebertrittes Stellung zu nehmen. Von den Kollegen, welche dem Lokalverbande nicht angehören, schlossen sich 11 unserem Verbands an. Erfreulich war noch, daß trotz der Entfernung von über 5 Stunden vom Versammlungsort bis Reit im Winkel doch eine ansehnliche Zahl sich eingefunden hatte und einige unseren Verbands beigetreten sind.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsstatistik 1907. Die von der Generalkommission im „Correspondenzblatt“ veröffentlichte Statistik über Umfang und Tätigkeit der deutschen Gewerkschaftsstatistik erstreckt sich auf 558 = 95,08 Proz. der am Schlusse des Jahres 1907 bestehenden Statistiken. Diefen sind insgesamt 777 gewerkschaftliche Organisationen mit 1546409 Mitgliedern angeschlossen. Insgesamt repräsentieren die in der Statistik fehlenden Statistiken im Jahre 1906 eine Mitgliederzahl von 25160. Stellt man diese Zahl auch für 1907 in Rechnung, so ergibt sich, daß Ende 1907 in 587 Gewerkschaftsstatistiken 1621575 Gewerkschaftsmitglieder vereinigt waren. Eine Zunahme von Mitgliedern ist trotz der wirtschaftlichen Depression in den meisten Statistiken zu verzeichnen. Insbesondere ist in Berlin und Umgebung die Mitgliederzahl von 252069 im Jahre 1906 auf 235169 im Jahre 1907 zurückgegangen. Von dem Verlust wurden besonders die Organisationen des Baugewerbes und der Verband der Holzarbeiter betroffen. Einen Mitgliederverlust, wenn auch in geringerer Maße, haben auch einige andere Großstädte zu verzeichnen. So ist in Breslau die Mitgliederzahl der im Statistiken vereinigten Organisationen von 27000 auf 26000, in Köln von 19000 auf 18000, in Dresden von 42000 auf 41000 zurückgegangen. Andere Großstädte weisen dagegen beträchtliche Mitgliederzunahmen auf.

Auch in bezug auf Agitation wird viel geleistet. Es wurden im letzten Jahre von Gewerkschaftskartellen insgesamt 2168 allgemeine und 1684 berufliche Versammlungen einberufen.

Statistische Erhebungen wurden von 129 Kartellen veranstaltet. Für die Kiefernterzvermittlung haben 47 Kartelle Einrichtungen vorgehalten und ein Zentralarbeitsnachweis wird von 8 Kartellen unterhalten. Die Einnahmen der Kartelle bestehen in der Hauptsache aus festen Beiträgen. Von 553 über Einnahmen berichtenden Kartellen erheben 551 bestimmte Jahresbeiträge, deren Höhe allerdings sehr verschieden ist, jedoch bei 438 Kartellen zwischen 20 und 80 M. pro Mitglied schwankt, vereinzelt aber die Höhe von 2,00 Mark erreicht. Die Gesamteinnahmen betragen im letzten Jahre 887.087 M. Die Einnahme aus laufenden Beiträgen beträgt 550.206 M. Die Sammlungen für Streiks und Ausperrungen ergaben insgesamt 102.440 M. Andere Sammlungen usw. ergaben eine Gesamtsumme von 234.441 M. Die gesamten Ausgaben belaufen sich auf 798.310 M. Für Agitation wurden von 447 Kartellen 65.081 M., für Arbeitervertreterwahlen von 218 Kartellen 29.082 M., für statistische Erhebungen von 58 Kartellen 5.441 M., für Herbergen und Arbeitsnachweise von 60 Kartellen 12.615 M., für Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle von 74 Kartellen 72.652 M. und für Arbeiterssekretariate, Bibliotheken und Leshallen von 393 Kartellen 213.069 M. Die Ausgaben für Streifenunterstützung betragen insgesamt 115.229 M. und die sonstigen Ausgaben für Verwaltung, Inserate usw. zusammen 134.128 M. Die Ausgaben der Kartelle für Unterstützung von Streiks und Ausperrungen sind in den letzten Jahren wesentlich zurückgegangen. Dagegen werden von Jahr zu Jahr größere Summen für die Unterhaltung von Sekretariaten, Bibliotheken und Leshallen aufgewendet.

Im Berichtsjahr bestanden in 161 Orten mit Kartellen der freien Gewerkschaften auch Ortskartelle der Dürsch-Dundersehen. Ueber die Zahl der diesen Kartellen angeschlossenen Ortsvereine ließ sich Genaueres nicht feststellen. Soweit die angeschlossenen Organisationen ermittelt werden konnten, beträgt deren Zahl 542. Die christlichen Gewerkschaften hatten in 121 Orten mit Kartellen der freien Gewerkschaften Sonderkartelle gegründet, denen, soweit festzustellen war, 551 Organisationen angehörten. — Fisher unterlag die Tätigkeit der Kartelle in einigen Bundesstaaten durch vereinzelte Bestimmungen und juristische Auslegung derselben mancherlei Beschränkungen, die durch das neue Reichsvereinsgesetz beseitigt sind. Die Gewerkschaftskartelle sind für die Gewerkschaftsbewegung von großer Wichtigkeit, ihre Weiterentwicklung muß deshalb allseitig zu fördern gesucht werden.

Die Gewerkschaften Berlins im Jahre 1907. Die Mitgliederzahl der der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen betrug Ende des Vorjahres 235.080 gegen 252.000 Ende 1906. Das ist ein Verlust von 16.920 Mitgliedern. Verlust an Mitgliedern haben zu verzeichnen: Bauarbeiter 4906, Maurer 4000, Holzarbeiter 3845, Zimmerer 1157, Maler 949, Töpfer 824, Glaser 274, Bildhauer 264, Stüttenarbeiter 252, Tapezierer 197, Stein- und Marmorarbeiter 76, Dachbeder 46, Handels- und Transportarbeiter 2532, Fabrik- und Hülfsarbeiter 385, Wäscharbeiter (Sektion im Schneiderverband) 1232. Dann folgen mit ganz geringen Verlusten eine Reihe anderer Gewerkschaften. Insgesamt sind 31 Organisationen von dem Mitgliederverlust betroffen. Eine Mitgliederzunahme haben 25 Gewerkschaften zu verzeichnen. An erster Stelle stehen hier die Textilarbeiter mit 1085; dann folgen die Steinseher mit 675, die Buchdruckerhülfsarbeiter mit 639, Buchdrucker mit 561, Metallarbeiter mit 519, Buchbinder mit 349, Bäcker mit 316 und die Schneider mit 300 Zunahme. Eine auffällige Erscheinung ist die Fluktuation. 101.296 Mitglieder, darunter 12.906 weibliche, werden als ausgetreten beziehungsweise abgereist aufgeführt. Das ist im Jahre 1907 ein Mehr von 3.122 gegen 1906. Ganz besonders hoch ist die Fluktuation bei den Bauarbeitern und bei den Berliner Hausdienern (Sektion des Handels- und Transportarbeiterverbandes). Fast noch größer ist die Fluktuation unter den weiblichen Mitgliedern. Wir zählen deren 16.982. Im Jahre 1907 sind 11.307 ein- und 12.906 ausgetreten, demnach sind 1599 Personen mehr als eingetreten. Interessant gestaltet sich das Stärkeverhältnis der Organisationen. An erster Stelle steht der Deutsche Metallarbeiterverband mit 63.100 Mitgliedern, ihm folgt der Handels- und Transportarbeiterverband mit 31.200 und der Holzarbeiterverband mit 24.200, die Maurerorganisation mit 11.124, der Buchdruckerverband mit 9828, die Organisation der Schneider mit 8901, die der Bauarbeiter mit 6427, Buchbinder mit 6223, Fabrikarbeiter mit 6011 und die Gemeindearbeiter mit 5839 Mitgliedern. Diese zehn Organisationen haben einen Mitgliederbestand von zusammen 173.051 Personen. 1000 bis 5000 Mitglieder haben 16 Gewerkschaften. Es zählen hierzu: Bäcker, Bildhauer, Printer mit 1000, Franzosenarbeiter, Buchdruckerhülfsarbeiter, Gärtner, Gastwirte, Gehilfen, Sanftmuthgehilfen, Lithographen, Maschinen- und Heizer, Sattler, Schneider, Schuhmacher, Tabakarbeiter, Tapezierer,

Textilarbeiter und Töpfer. 18 Gewerkschaften haben 500 bis 1000 Mitglieder. Die Asphaltseure haben 231, die Photographen und Schirmmacher je 197, Technisches Bühnenpersonal 170, Lithographen 167, Handschuhmacher 163, Blumen- und Plätterarbeiter 100, Normenstecher 68, Lagerhalter 66 und Zigarrenfortiercer 56 Mitglieder. Es sind dieses die zehn kleinsten Organisationen.

Rundschau.

Von der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke. Nach dem Bericht dieser Berufsgenossenschaft ist die Zahl der versicherten Betriebe von 2420 auf 2596 im Jahre 1907 gestiegen. Versichert sind nun in Deutschland: 1187 Steinkohlengaswerke, 13 Celgaswerke, 104 Acetylengaswerke, 37 Luftgaswerke, 8 Wassergaswerke, 1158 Wasserwerke, 89 Kanalisationswerke, die insgesamt 67.222 Arbeiter beschäftigen. Die Zahl der versicherten Personen hat sich um 3924 gegen das Jahr 1906 erhöht — 6,18 Proz. Die Summe der gezahlten Arbeitslöhne hat sich gegen 1906 um 9,12 Proz. gesteigert und entfällt auf einen Versicherten durchschnittlich 1190 M. Jahreslohn. Unfälle wurden im Berichtsjahre 4884 (1906: 4486) gemeldet. Auf 1000 Versicherte entfielen somit durchschnittlich 72,41 Unfälle. Entschädigungspflichtig wurden nur 435 Fälle, trotzdem die Berufsgenossenschaft an Kosten der Fürsorge für Verletzte während der Wartezeit nur 23 M. verausgabt hatte! Tagegen ist die Zahl der Todesfälle gegen das Vorjahr von 29 auf 44, also um 51,7 Prozent gestiegen! Die Todesursachen waren laut Bericht in 10 Fällen: Giftige Gase, Verbrennungen, in 10 Fällen: Absturz, in 13 Fällen: Stöß, Luetschnung, in 2 Fällen: Verchüttung, in 2 Fällen: Ertrinken, in 5 Fällen: Infektion, 1 Hitzschlag und 1 Blitzschlag. Die Vertrauensmänner der Berufsgenossenschaft haben im Berichtsjahr 222 Betriebe revidiert. „In Ordnung befunden wurden 40; in 182 wurden Mängel und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt. In 134 dieser Betriebe wurden bis zum Schluß des Berichtsjahres die gefundenen Mängel beseitigt, 48 blieben damit noch rückständig.“ Es eilt also nicht! Deshalb stellt man keine technischen Aufsichtsbeamten an? 222 Betriebe ist doch von 2596 vorhandenen Betrieben nur ein Bruchteil und die Zahl der bemängelten Betriebe allein schon beweist, wie notwendig eine genaue und sorgfältige Betriebsrevision wäre. Von den Verurteilungen der Verletzten wurden laut Bericht: 198 zurückgewiesen und nur „61 ganz oder teilweise für gerechtfertigt erachtet!“ Das Reichsversicherungsamt hatte 55 Rekurse der Verletzten zurückgegeben und nur in 10 Fällen stattgegeben. — Dieser Bericht, den wir dem „Vorwärts“ entnehmen, lehrt und wiederum, wie notwendig es ist, unsere Interessen noch viel energischer als bisher wahrzunehmen. Dazu kann jeder Organisierte beitragen.

Schweineerei. Die zentralorganisierten Arbeiter bekämpfen prinzipiell das Kost- und Logiswesen, welches noch in den verschiedensten Berufen üblich ist. Was da oft den Gesellen für Speisen vorgelegt werden, zeigt folgendes: Eine fast ungläubliche Schweineerei scheint nach der „Arbeiterzeitung“ in einer Gerberei in Altkirchsen in Bayern zu herrschen. Danach nimmt der saubere Arbeitgeber das abgetroffene Fett von den Schweinhäuten, läßt es aus und verwendet es dann zu Kochzwecken. Die Rohhäute läßt er drei bis drei Tage liegen, ehe er sie ausbornet, während dieser Zeit tun sich die zahlreichen Motten an dem Fleisch gütlich und das, was die Motten übrig lassen, bekommen die Gesellen dann in Essig und Sel eingemacht vorgelegt. Es spielt dann in allen Farben. Pstui Teufel!!! Das geht doch über menschliche Begriffe. Sollte man solchem Ausbeuter nicht mit dem Gesetze zu Leibe rücken können? Das in solchem Betriebe auch noch andere Mlagen zu finden sind, ist nicht schwer zu erraten. So ist die Sonntagsarbeit an der Tagesordnung. Im Schlafzimmer der Gesellen ist kein Eisen, noch Tisch oder Stuhl. Die Zahl der Gehilfen, die hier schon gearbeitet hat, beträgt Regionen. Wann wird sich endlich die Gesetzgebung dazu aufraffen, diesen Zuständen ein Ende zu machen?

Totenliste des Verbandes.

Karl Krüger, Berlin | **D. Seelisch, Friedrichshagen**
† 18. Juni 1908 im Alter von 29 Jahren. | † 20. Juni 1908 im Alter von 55 Jahren.

Georg Niklas, München

† 21. Juni 1908 im Alter von 53 1/2 Jahren.

Ghre ihrem Andenken!